

Ägypten den Wafdisten ihr Vertrauen ausgesprochen. Diese Mehrheit besteht aus werktätigen Schichten der Bevölkerung — den Fellachen, Handwerfern, Lohnarbeitern, Kleinhandlern sowie breitesten Kreisen der Intellektuellen; sie ist durchaus demokratisch und die Trägerin der ägyptischen Freiheitsbewegung. Man kann sie in vieler Hinsicht mit der chinesischen Kuomintang vergleichen. Die republikanische Staatsform liegt ihr näher als die der konstitutionell-monarchistischen.

In Gefolgschaft und Einfluß nimmt die sogenannte konstitutionell-liberale Partei die zweite Stelle ein. Dah aber ihr Wesen weder dem Konstitutionalismus noch dem Liberalismus entspricht, beweist allein ihr letzter Akt der Abschaffung der Verfassung und der bürgerlichen Freiheiten. Der Anhang dieser Partei ist klein und besteht aus den oberen Schichten der Bevölkerung: den Großkaufleuten, Grundbesitzern, höheren Beamten und anderen wohlhabenden Kreisen des Bürgertums. Sie haben gemeinsame wirtschaftliche Interessen mit den Vertretern des englischen und überhaupt des ausländischen Kapitals. Hierdurch ist es auch zu erklären, daß sie den Engländern gegenüber stets kompromißbereit sind. Mahmud, Sarwat Pashas u. a. sind ihre Führer. Die übrigen Gruppierungen sind kaum erwähnenswert: die panislamistische und rechtsradikale Watan- (Vaterlands-) Partei, die auch die „nationale Partei“ genannt wird, und schließlich die Partei der Itihadisten oder der Unionisten, die mehr die Interessen des Königshauses und der britischen Herrschaft vertreten.

Eine wichtige Rolle spielt schließlich die gebildete Jugend. Die Aghar-Universität von Kairo mit mehreren tausend Studenten bildet den eigentlichen Stamm der ägyptischen Nationalbewegung. Zahllos selbst und viele andere ägyptische Führer sind Agharisten. Auch viele Hunderte von ägyptischen Studenten, die in verschiedenen europäischen Hochschulen weilen (allein in Berlin 200), sind eifrige Anhänger der Nationalbewegung, aber manchmal auch Propagandisten einer extremen Latif.

Wafd-Partei will auf die Straße gehen.

Strafdemonstrationen der oppositionellen Parlamentarier

Kairo, 25. Juli. (Reuter.) Die Mitglieder der Wafd-Partei hielten heute nacht eine Versammlung ab, in der, wie verlautet, beschlossen wurde, daß 115 Abgeordnete und Senatoren einen Zug zum Parlamentsgebäude unternehmen sollen, das am Sonnabend von der Regierung versiegelt worden ist. Dabei ist zu bemerken, daß beide Häuser zusammen 335 Mitglieder zählen. Die Wafd-Partei hatte auch vorgeschlagen, morgen in Damatur in Unterägypten eine Versammlung abzuhalten, aber die Behörden haben, wie berichtet wird, die Versammlung verboten, und ägyptisches Militär wurde in die Stadt gelegt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Im Lande herrscht im allgemeinen völlige Ruhe.

Tokio gegen Nanjing.

Japan nimmt die Kündigung des Handelsvertrages nicht an.

Tokio, 25. Juli. Ministerpräsident Tanaka teilte den Vertretern Großbritannien, Frankreichs, Amerikas und Italiens mit, daß Japan die Kündigung des Vertrages mit China vom Jahre 1896 nicht annehmen und sich auch nicht auf Verhandlungen über eine Revision des Vertrages einlassen könne vor einer förmlichen Mitteilung, daß die Kündigung zurückgezogen sei. Tanaka gab auch dem Bedauern Ausdruck, daß die Regierung von Nanjing den Geist des Washingtoner Vertrages über die Einkünfte aus der Salzsteuer und den Postgebühren verletzt habe.

Amerika zu Verhandlungen mit Nanjing bereit.

New York, 25. Juli. Wie aus Washington gemeldet wird, ist dort durch Staatssekretär Kellogg die Fertigstellung einer neuen Note an die Nanjing-Regierung erfolgt. Die Note, die noch nicht veröffentlicht worden ist, beschäftigt sich mit der Einstellung Amerikas zu den Verträgen mit der südchinesischen Regierung, insbesondere zu den Exterritorialitäts- und Zollverträgen. Wie verlautet, soll in der Note die Bereitwilligkeit Amerikas ausgesprochen sein, neue Verhandlungen über die Durchsicht der bisherigen Verträge aufzunehmen.

Wie aus Nanjing gemeldet wird, hat nach den Verhandlungen zwischen Außenminister Wang und dem amerikanischen Generalkonsul die Nanjing-Regierung beschlossen, das amerikanisch-chinesische Abkommen noch nicht zu kündigen. Die Nanjing-Regierung erklärt amlich, daß Amerika ihr in den Verhandlungen entgegenkomme und daß sie Amerika gegenüber zu Kompromissen bereit sei. Amerika werde voraussichtlich schon in der nächsten Zeit die Nanjing-Regierung de facto anerkennen.

Der Mord in der Skupshina.

Zwei weitere Abgeordnete der Mittäterschaft verdächtig.

Belgrad, 25. Juli. Der Untersuchungsrichter, der die Untersuchung in der Angelegenheit der Ermordung Paul Radichs leitet, hat an das Präsidium der Skupshina das Ersuchen gerichtet, den radikal Abgeordneten Popowitsch und den demokratischen Abgeordneten Jovanowitsch auszuliefern, da die beiden Abgeordneten der Mittäterschaft verdächtig seien.

Geistige Zusammenarbeit.

Zugung der Völkerbundskommission.

Genf, 25. Juli. (Eigenbericht.) Unter dem Vorsitz des englischen Philosophen Professor Murray eröffnete die Kommission des Völkerbundes für geistige Zusammenarbeit am Mittwoch ihre zehnte Tagung. Zu ihren Mitgliedern gehören u. a. der Generaldirektor der Preussischen Staatsbibliothek Krusch und die bekannte französische Philologin Frau Curie. In einer Auseinandersetzung über den Aufgabekreis der Kommission betonte der französische Kriegsminister und Mathematiker Babinet mit Recht, daß die Verhandlung der Berufsfragen der geistigen Arbeiter dem Internationalen Arbeitsamt zu überlassen sei und er damit eine Feststellung vom vorigen Jahr wiederholte. Schon Herrmann Müller-Pichlerberg hatte als Führer der Arbeitnehmergruppe im Verwaltungsrat des Inter-

Die Deutschnationalen in der Krise.

Nach dem Ausschluß Lambachs.

Die deutschnationale Presse spiegelt die Absichten und Befürchtungen wider, die in der Deutschnationalen Partei mit dem Fall Lambach verknüpft sind.

Die Presse Hugenberg's schweigt. Wenn ihr Herr und Meister daran arbeitet, eine Diktatur in der Deutschnationalen Partei zu errichten, darf sie ihn nicht stören und nur auf Kommando in den Chor einfallen.

Die „Deutsche Zeitung“ fordert weitere Ausschüsse. Wer sich zu Lambach bekennt, gehöre mit ihm vors Parteigericht.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der agrarischen Interessen wird sehr beredt. Krise im Landbund und Parteikrise — das ist zu viel. Der Landbund braucht die deutschnationalen Arbeitnehmerstimmen für die agrarischen Interessen. Also empört sich die „Deutsche Tageszeitung“ gegen Hugenberg, der die sozialen Gegensätze in der Deutschnationalen Partei aufreißt:

„Die Deutschnationale Partei ist seit einiger Zeit mit bemerkenswertem Erfolg befreit, die sonst der innerpolitischen Ruhe gewidmeten Ferienmonate zu einem Sommer ihres und unseres Mißvergnügens zu gestalten. Jetzt ist mit dem Ausschluß Lambachs durch den Landesvorstand des Landesverbandes Potsdam II eine Lastsache geschaffen, die wegen der zu erwartenden Berufung an das Parteigericht zwar noch kein Definitivum darstellt, die aber nach unserem Empfinden nicht den Schlüssel unter die mancherlei Mißlichkeiten der letzten Monate zieht, sondern höchstwahrscheinlich erst

der Ausgangspunkt neuer, höchst unerfreulicher Auseinandersetzungen sein wird.

Ueber die tiefere Bedeutung des Falles Lambach ist an dieser Stelle bereits das Erforderliche ausgeführt worden, und wir haben nicht unterlassen, über die Zweckmäßigkeit der Form und des Zeitpunktes, die Lambach für seinen Aufsatz gewählt hat, ernstem Zweifel Ausdruck zu geben. Aber wir sind ebensoviele der Meinung gewesen, daß die Tendenz, die Lambach mit seinem Heroizismus verfolgte, alles andere als parteiischerstrebend war, daß sie den Ausdruck einer tatsächlich vorhandenen Bewegung in nicht eben kleinen Kreisen darstellt, und daß man sich mit ihr umschließen lassen kann, indem man sie einfach durch formalistische Krassprüche zu erschlagen sucht. Leider ist der Spruch des Landesvorstandes ausschließlich auf diese formalistische Seite abgestellt, und wir können die Feststellung nicht unterdrücken, daß er

offensichtlich unter Anwendung durchaus subalterner Maßstäbe zustandekommen ist.

Richts verderblicher für das Abbild der Volksgemeinschaft, das die Deutschnationale Partei darstellen will, als wenn in solche Meinungsverschiedenheiten Gegensätze sozialer Art hineingezerrt werden. Leider aber jüngst, genährt vom Wohlwollen der gognerischen Presse, aus den Kulis auf die Bühne des Lambach-Streites die Fomone solchen Gegensatzes, und es ist

„He Unternehmern!“ — „He Gewerkschaftler!“

und der Versuch mindestens, daß solche Dinge in das Borgehen gegen Lambach mit hineinpielen, wird bei ihm und seinen Gesinnungsgenossen erregt werden.

Das ist die Klage darüber, daß die Klassengegensätze hervortreten und sich nicht mehr hinter der nationalitätlich-antidemokratischen Ideologie verbergen lassen — zum Vorteil der Großagrarien und der Interessenten des Großbesitzes.

Die „Hamburger Nachrichten“ kündigen den Zerfall der Deutschnationalen Partei an:

Wir hoffen, daß das Urteil des Potsdamer Landesverbandes von der Berufungsinflanz revidiert werden wird. Die Deutschnationale Volkspartei ist unseres Erachtens nicht fest genug gefügt, um schwere innere Erschütterungen zu ertragen. Die Unzufriedenheit weiter Wählerkreise der Partei, die doch zum größten Teile nur von denen lebt, die sie für das kleinste Uebel halten, ist ständig im Wachsen begriffen.

Der Fall Lambach werde die Deutschnationale Volkspartei zerbrechen.

Lambach als Märtyrer würde der Partei Tausende von Stimmen kosten. Es sei unbegreiflich gewesen, diesen Fall vom rein formalistischen Standpunkte aus zu behandeln.

Die „Kreuz-Zeitung“ verteidigt sich hinter dem formalen Parteirecht. Sie lehnt eine politische Behandlung des Falles Lambach ab und versichert, sie wolle als allein maßgeblich die Frage betrachten: „was ist recht“, und nicht fragen: „was kommt danach“.

Also den Kopf in den Sand! Was danach kommt, wird

sie freilich von selber merken — denn der Krach bei den Deutschnationalen ist in vollem Gange!

Eine Erklärung Lambachs.

Er wird auf keinen Fall sein Mandat niederlegen.

Von dem Abg. Lambach nahestehernder Seite wird dem Reichstagsbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mitgeteilt:

„Der Abg. Lambach hat bisher gegen den von der örtlichen Parteiführung seines Wahlkreises Potsdam II gegen ihn verhängten Ausschluß noch nicht Einspruch erhoben. Er muß erst der Wortlaut der Urteilsbegründung abwarten, die ihm schriftlich zugestellt wird. Er ist jedoch fest entschlossen, diesen Einspruch einzulegen und beim Obersten Parteigericht auf eine Revision des Ausschlußbeschlusses hinzuwirken.“

Das Oberste Parteigericht dürfte erst im Spätherbst zusammentreten, und zwar, da der bisherige Vorsitzende, Abg. Wollast, sein Amt niedergelegt hat, voraussichtlich unter dem Präsidium eines der stellvertretenden Vorsitzenden, wahrscheinlich des Abg. Schulz-Bromberg. Die dem Lambach-Flügel nahestehenden Deutschnationalen sind der Ansicht, daß selbst, wenn das Oberste Parteigericht sich gleichfalls auf den rein formalen Standpunkt stellen sollte, den die örtliche Parteiführung eingenommen hat, dennoch ein anderes Ende zustandekommen wird, weil das Oberste Parteigericht eine Anzahl Lambach nahestehender Parlamentarier umfaßt.

Indessen könnte, selbst wenn das Oberste Parteigericht einen Widerruf Lambachs fördern sollte, die große Volksbewegung innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei nicht eingebämmt werden, denn diese Bewegung ist schon längst nicht mehr allein an den Namen Lambach gebunden.

Sollte der Abg. Lambach auch vom Obersten Parteigericht zum Ausschluß aus der Partei verurteilt werden, so dürfte er nicht der Meinung sein, daß er durch eine Mandatsniederlegung dem von ihm vertretenen Gedanken der großen Rechten einen Dienst erweisen kann.“

Eine offene Kampfanfrage.

Der „Politische Gewerkschaftliche Zeitungsdienst“ schreibt: „Die Freunde Lambachs, welche er innerhalb der Reichstagsfraktion besitzt, werden nunmehr ihrerseits den Standpunkt Lambachs auch in der Öffentlichkeit vertreten. Bisher haben sie nur innerhalb der Partei in internen Auseinandersetzungen sich zu Lambach bekannt. Jetzt werden sie es vor aller Öffentlichkeit tun. Wenn die Partei dann weiterhin nach formaljuristischen Grundsätzen entscheiden will, die politischen Entwicklungen aber übersehen, so wird es letzten Endes dazu kommen,

daß nur noch einige ausschlußbereite Vorstände vorhanden sind, aber keine Mitglieder mehr in der Partei.“

Sollte das Parteigericht den Spruch des Landesverbandes Potsdam II bestätigen, dann wird Lambach auf keinen Fall sein Reichstagsmandat niederlegen dürfen, sondern er muß im Reichstag eine Ausnahmestellung einnehmen, um von hier aus unter Nutzung seiner politischen Stellung die Dinge zur endgültigen Klärung zu treiben. Die Jugend und die Arbeiterbewegung, die in Lambach den politischen Führer sieht, wird dies mit allem Nachdruck verlangen. Gleichzeitig werden diese Kreise aber auch der feindseligen Stelle zum Ausdruck bringen, daß sie in Lambach ihren Führer sehen und gleichgültig, wie das Urteil der Instanzen sein wird, zu ihrem Führer sich auch weiterhin bekennen werden.“

Ein Professorenschritt.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Lejeune-Jung hat an den Vorstand des deutschnationalen Landesverbandes Potsdam II ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er infolge des Ausschlusses von Lambach sein Parteiamt als Vorsitzender der Ortsgruppe Halensee niederlegt.

Der „einstimmige“ Beschluß.

Der „Jugendliche“ teilt mit: „Der Vorstand des Landesverbandes Potsdam, der das Ausschlußurteil gefaßt hat, setzte sich zusammen aus dem Vorsitzenden, dem Stadtrat Steinhoff, M. d. L., den Herren Kaufmann Michaelis, Dr. Franz, Schimmelpfennig, Geh. Rat Daus (der als Parteiamt in diesem Falle fungierte), Schulrat Strauß-Lestow, Amtsgerichtsrat Raj-Köpenick, und v. Buchner-Treptow. Zur Sitzung waren ferner eingeladen, aber nicht erschienen der erste Landesgeschäftsführer Könncke, M. d. L., der zweite Landesgeschäftsführer Major Nyons, Frau Dr. Elise Neumann, Studienrat Dr. Beeh, Oberst a. D. v. d. Osten, Geheimrat Kaufhold und Kaufmann Ziebarth.“

Der einstimmige Beschluß ist also mit 8 von 15 Stimmberechtigten gefaßt worden.

Zwischen Schiebung und Korruption.

Die Sowjetführung versagt — die GPU soll retten.

Moskau, 25. Juli. Die GPU hat einen Privattrauf der Getreidehändler ausgebeutet, der das Getreide bei den Bauern aufkaufte und neben den staatlichen Unternehmungen zu höheren Preisen absetzte. Im ganzen sind 40 Privatpersonen verhaftet worden, die sich nicht der Eisenbahn als Transportmittel bedienten, sondern zum Zwecke der Kontrollumgehung Bauerngetreide benutzten.

Neue Aufkaufskommissare.

Chartom, 25. Juli. Vor dem Kreisgericht in Odessa begann der Prozeß gegen 17 Beamte der staatlichen und genossenschaftlichen Getreideaufkauforgane, die beschuldigt werden, bei der Durchführung der von der Sowjetregierung angeordneten Repressivmaßnahmen auf dem bäuerlichen Getreidemarkt die „Klassenlinie“ mehrfach auf das gräßlichste verletzt zu haben. Die Angeklagten sollen sogar bei den ärmsten Bauern familiäre Getreidevorräte beschlagnahmt haben, so daß ganze Dörfer bis zur neuen Ernte der Hungertod ausgeliefert wurden. Die Klagen der völlig ruinierten Bauernwirtschaften wurden nicht angenommen. Die Beamten feierten Trinkorgien in den Dörfern, nachdem das letzte Getreide der Bauern der Armen unter den Klängen von Ruß nach den Städten gebracht wurde.

Elfab-Kinder bei Poincaré.

Französische Schulleistungen mit Frühstück belohnt.

Paris, 25. Juli. Eine Anzahl eilfertiger Kinder aus dem Departement Ober-rhein, die sich bei der schriftlichen Prüfung in der französischen Sprache besonders ausgezeichnet hatten, wurden in Begleitung des Lehrpersonals, worunter sich 3 Schwestern befinden, vom Ministerpräsidenten Poincaré zu einem kleinen Frühstück und später auch vom Präsidenten der Republik, Doumergue, empfangen. Poincaré erklärte in einer Ansprache, daß die französische Regierung stets die dem Gisch treuen Sitten respektieren werde. Er ließ sich mit seiner Gattin inmitten der kleinen Gäste photographieren.

Die neue Flaggen-Befugung.

Ein ordentliches Flaggen-Gesetz für Preußen zu erwarten.

Die Verfügung des preussischen Innenministers betreffend die diesjährige Feier des Verfassungstages, über die wir schon kurz berichteten, hat folgenden Wortlaut:

Durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums vom 26. Juni 1928 ist angeordnet worden, daß auch in diesem Jahre die Bestimmungen des Beschlusses des preussischen Staatsministeriums vom 8. Juli 1927 Anwendung zu finden haben. Im Absatz 1 dieses Beschlusses vom 9. Juli 1927 war angeordnet worden, daß neben sämtlichen staatlichen Dienstgebäuden auch die Gebäude der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften am Verfassungstage in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen haben. Die Rechtsgrundlage für diesen Beschluß bildete, soweit es sich um die Gebäude der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften handelte, die Verordnung über die Beflaggung der gemeindlichen Dienst- und Schulgebäude vom 8. August 1927. Der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches hat jedoch diese Verordnung am 9. d. M. für nicht vereinbar mit der Preussischen Verfassung erklärt. Die damit fortgefallene Rechtsgrundlage sollte allgemein durch ein vom Verfassungsausschuß des Landtages bereits angenommenes Gesetz über das Flaggen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und außerdem noch besonders für den Verfassungstag durch den Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf der Reichsregierung über den Nationalfeiertag vom 4. Juli 1928 wieder geschaffen werden. Landtag und Reichstag haben jedoch vor der Sommerpause beide Gesetze in der Volksversammlung nicht mehr verabschieden können, so daß zurzeit eine gesetzliche Grundlage für eine rechtliche Verpflichtung zum Flaggen der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften nicht besteht.

Auf Gemeinden und Gemeindeverbände, die am bevorstehenden Verfassungstage nicht aus eigenem Entschluß die im Artikel 13 der Reichsverfassung gesetzlich festgelegten Reichsfarben zeigen, kann deshalb im Hinblick auf die gegenwärtige Rechtslage von Zwangs wegen ein Zwang nicht ausgeübt werden. Ich ersuche die Regierungspräsidenten, mir bis zum 1. September 1928 zu berichten, welche Gemeinden und Gemeindeverbände am Verfassungstage die Reichsfarben nicht gezeigt haben.

Wie das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hierzu noch erfährt, soll das Material, das in diesen Berichten der Regierungspräsidenten bei der preussischen Staatsregierung eingehen wird, nur zu den bereits gesammelten Gründen für die Notwendigkeit einer ordentlichen Flaggen-Gesetzgebung in Preußen hinzugefügt werden. Das Ministerium will den Landtag auf jeden Fall im Herbst ersuchen, die Flaggen-Gesetzgebung unter Dach und Fach zu bringen, unabhängig davon, ob das Reichsgesetz über den Nationalfeiertag kommt oder nicht.

Anklagen gegen die Reichsbahn.

Münchener Eisenbahnunglück vor dem bayerischen Landtag.

München, 25. Juli. (Eigenbericht.)

Der Landtag befaßte sich am Mittwoch mit der Interpellation über das Münchener Eisenbahnunglück. Ministerpräsident Held erklärte in seiner Beantwortung der Interpellation, daß die Reichsbahngesellschaft es zweifellos an der notwendigen Betriebssicherheit hat fehlen lassen. Man müsse aber das Ergebnis der Verhandlungen abwarten, die von der Reichsregierung als der zuständigen Instanz mit der Reichsbahn geführt würden. Die bayerische Regierung, in deren Bereich sich die schwersten Unfälle der letzten Zeit ereignet hätten, werde bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck auf eine Klärung der Ursachen der Katastrophen drängen. Sie seien nach allgemeiner Ansicht in der Personaleinsparung, der Überlastung des Personals und der ungenügenden Instandhaltung der Bahnanlagen zu suchen.

Der sozialdemokratische Redner, Abg. Herrmann, von Beruf Lokomotivführer, erblickte die Schuld an den Unfällen der letzten Jahre in dem von der Reichsbahngesellschaft betriebenen Verwaltungssystem, nach dem die ständigen Bahnarbeiter mehr und mehr abgebaut und durch Zeitarbeiter ersetzt werden, nach dem nicht genügend ausgebildete Leute im schweren Rangierdienst verwendet werden, die Stellwerks- und Blockanlagen außerordentlich lange Dienstzeit machen müssen und das Personal der Schnellzuglokomotiven im Durchschnitt sogar 58 Wochenstunden leisten muß. Wer in der Leistung der Reichsbahn für diese Dinge verantwortlich sei, gehöre auf die Anklagebank. Zur Beseitigung dieser Mißstände müsse die Reichsbahn wieder vollkommen unter die Kontrolle des Reichstags kommen, die privatkapitalistischen Tendenzen müssten völlig ausgeremert werden. Der moderne Ausbau des veralteten Münchener Hauptbahnhofs sei schon vor 20 Jahren von der Sozialdemokratie gefordert, gleichzeitig aber auch von denen verhindert worden, die damals und heute noch die politische Macht in Bayern besitzen, nämlich von der Bayerischen Volkspartei.

Die Interpellation wurde mit der Annahme verschiedener Anträge abgeschlossen, die u. a. für das gesamte Personal bei der Reichsbahn die achtstündige Dienstzeit verlangen.

Nach Kahr Roth.

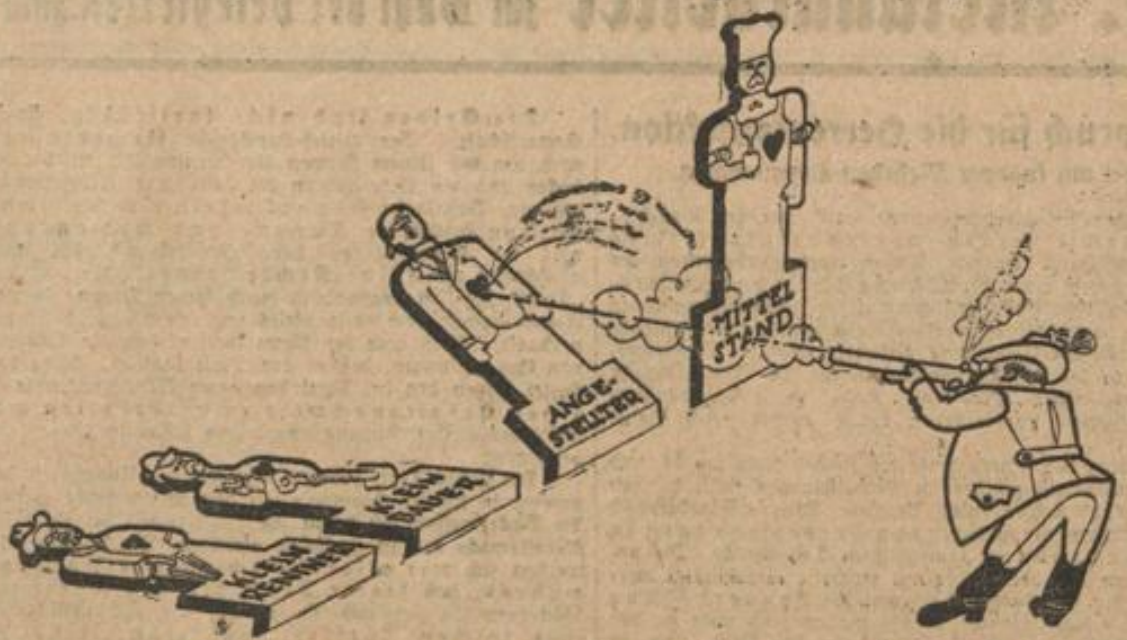
Justizministerverfügung in Bayern.

Der ehemalige bayerische Justizminister und Reichsminister Roth ist zum Generalsstaatsanwalt befördert worden. Die rechtsstehende „Süddeutsche Sonntagspost“ bemerkt dazu:

Herr Dr. Roth hat einen gewaltigen Sprung in seiner Karriere getan. Der ehemalige Justizminister, der seit 1921 mit Vorzugsgelehr auf der Gehaltsstufe eines Oberamtmannes und mit dem Rang und mit dem Titel eines Ministerialrates beurlaubt war, also seit sieben Jahren keinen Dienst getan hat, läßt sich plötzlich auf den Sessel des Generalsstaatsanwalts nieder, mit Uebergehung einer großen Reihe von karrierefähigen, hervorragenden, für diesen wichtigen Posten besonders geeigneten und vor allem politisch unbelasteten Beamten. Wir lassen die Person des Herrn Dr. Roth völlig aus dem Spiele; aber an der Tatsache, daß der letzte Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, Herr von Kahr, einstmaliger Herr Dr. Roth, den frischgebackenen Generalsstaatsanwalt, am hiesigen Gerichtshof wegen seiner Beteiligung an Hitler-Ruß hat verhaften lassen, kann man nicht vorübergehen. Ist die Aufrechterhaltung eines solchen Zustandes möglich? Wie kam diese merkwürdige Ernennung zustande? Wurde keines von vielen Bedenken hinter den verschlossenen Türen des Ministerrats zur Sprache gebracht?

Es ist nicht ersichtlich, an wen das Wort seine Fragen richtet. Die Bayerische Volkspartei hat jedenfalls deutlich genug gezeigt, daß sie an eine Aenderung der Zustände nicht denkt.

Deutschnationales Scheibenschießen.



Fall Lambach, wieder ein Kernschuß in die eigenen Reihen der Deutschnationalen Partei!

Neuer Befahrungskonflikt in Sicht?

Angeblisches vierfaches Auslieferungsverlangen.

Landau (Pfalz), 25. Juli.

Auf Grund des Artikels 4 des Rheinlandabkommens und der Ordonnanz 2 hat die französische Befahrungsbefugung an die deutsche Regierung das Verlangen gestellt, die am 11. Juli dieses Jahres vom französischen Kriegsgericht in Landau unter der Anklage, die französische Fahne von dem Offizierskassino in Zweibrücken herabgerissen zu haben, in Abwesenheit zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten drei deutschen Staatsangehörigen Väder Weib und die Arbeiter Schimmel und Kuh auszuliefern.

Die drei Angeklagten hatten sich der ihnen drohenden Verhaftung dadurch entzogen, daß sie sich auf unbefestetes Gebiet begaben. Weiterhin ist von der französischen Befahrungsbefugung die Auslieferung des vom französischen Kriegsgericht in Landau am 16. Juli ebenfalls im Abwesenheitsverfahren wegen des sogenannten Maximiliansauer Zwischenfalls am 3. Juni unter der Anklage der Gewalttätigkeit gegenüber einem französischen Offizier zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilten Arbeiters Merz aus Neupfah verlangt worden.

Nach Artikel 4 des Rheinlandabkommens haben die deutschen Behörden auf Verlangen eines hierzu ermächtigten Offiziers der Befahrungstruppen jede Person, die eines Verbrechens oder Vergehens gegen Angehörige oder das Eigentum der bemanneten Streitkräfte der Alliierten angeklagt und der Gerichtsbarkeit der alliierten Truppen unterstellt ist, zu verhaften und dem nächsten Befahrungsbefugten der alliierten Armee zu übergeben. Wegen dieser Bestimmung hat die deutsche Abordnung schon nach Abschluß des Rheinlandabkommens bei den Alliierten Einwendungen erhoben, die aber von den Befahrungsbefugten abgelehnt wurden. Somit müßten also nach der Auslegung des Rheinlandabkommens die vier angeklagten Deutschen, deren Aburteilung in Abwesenheit erfolgte, ausgeliefert werden.

In maßgebender Berliner Stelle ist von einem derartigen französischen Ansinnen noch nichts bekannt.

Da eine Bestätigung des Auslieferungsbegehrens noch nicht vorliegt, muß man zunächst abwarten, was an dieser

beunruhigenden Meldung wahres ist. Trifft sie zu, dann beweist sie wieder einmal, wie es die Militärs glänzend verstehen, die Beziehungen zwischen den Völkern unnötig zu belasten. Es müßte zumindest der diplomatische Weg beschritten werden. Wir können aber nicht glauben, daß die französische Diplomatie sich dazu hergeben würde, eine Forderung zu unterstützen, von der sie wissen muß, daß sie für jede deutsche Regierung schlechterdings unerfüllbar wäre.

Andererseits ist es das Interesse Deutschlands, selbst gegen die Befahrungsbefugten gerichtlich vorzugehen, um festzustellen, ob sie sich tatsächlich dieses ebenso böswärtigen wie sinnlosen Dummengungenstreiches schuldig gemacht haben, wegen dessen sie vom französischen Kriegsgericht in Abwesenheit verurteilt wurden. Es geht nicht an, daß Menschen, die die ganze Bevölkerung des besetzten Gebietes so leichtfertig neuen Repressalien und Schikanen ausgesetzt haben, im unbefestigten Gebiet ein strafrechtes Asyl finden und womöglich sogar als „Helden“ von den Deutschnationalen und Wälfischen gefeiert werden. Im Interesse nicht nur der Verständigungspolitik, sondern der bedrückten Bevölkerung des besetzten Gebietes liegt es, daß die deutschen Behörden von sich aus rechtschaffenlos gegen die Schuldigen vorgehen.

Bergeudetes Dawes-Geld.

Rheinlandbefahrung auf Reparationskonto.

London, 25. Juli. (Eigenbericht.)

Auf die Anfrage eines Arbeiterabgeordneten über die Kosten der englischen Befahrung in Rheinland erwiderte Chamberlain, daß England dafür aus dem Reparationsfonds jährlich 600 000 Pfund Sterling erhalte. Dieser Betrag würde nicht mehr zur Befahrung gestellt werden, sobald die englischen Truppen zurückgezogen seien. Im übrigen sei es keineswegs unwahrscheinlich, daß bei einer Zurückziehung der englischen Truppen andere Mächte die bisher von England besetzten deutschen Gebiete nicht besetzen würden.

Aus dem russischen Arbeiterleben.

Wahrhaft vorbildliche Zustände.

In der Industrie der Sowjetunion, insbesondere in Zentralrussland, spielt die Torfgewinnung, weil hier (namentlich in den neuerrichteten Elektrizitätswerten) Torf als Brennmaterial Verwendung findet, eine bedeutende Rolle. Die Lage der Torfarbeiter wird in dem nachstehenden Bericht aus dem Gouvernement Wolodimir, den wir dem „Trud“ vom 1. Juli entnehmen, recht anschaulich geschildert:

„Fast auf allen Torfabbaustellen herrschen die standalösesten Mißstände. Ausbeutung der Arbeiter, Nichterfüllung der Tarifverträge, das sind alltägliche Erscheinungen. Die Betriebsräte führen dagegen einen verzweifeltsten Kampf, sobald aber die Angelegenheit vor die Bezirksverwaltung des Verbandes (Bezirksarbeiterverband, D. Red.) kam, wurde ihr dort sogleich ein Begräbnis bereitet. Große, sehr große Mißstände herrschen auf den Torfabbaustellen. Die Torfarbeiter von Sobin arbeiten z. B. im Jahre 1927 12 Stunden, die Torfarbeiterinnen statt 8 Stunden 10 bis 11 Stunden (nach dem Tarifvertrag sollten die erwachsenen männlichen Arbeiter 10, die Arbeiterinnen 8 Stunden arbeiten, D. Red.). Bearbeitet wurde zu wahrhaft höllischen Bedingungen. Die Torfarbeiterinnen wurden gezwungen, bei Regenwetter zu arbeiten,

bis zu den Hüften im Wasser wotend

Torffärde mit einem Gewicht von 37 Kilo zu schleppen. Eine Untersuchungskommission stellte all diese Zustände fest und leitete die Akten an die Bezirksverwaltung des Verbandes weiter. Glaubt man, die Bezirksverwaltung hätte Krach geschlagen, die nötigen Maßnahmen ergriffen? Keine Spur! Die Angelegenheit wurde ebenso begraben wie Duhende von anderen, nicht minder wichtigen, halbwürdige Kinder

arbeiten auch je 10 bis 12 Stunden pro Tag. Mädchen werden auf die Torfabbaustellen wegen der schweren Arbeitsbedingungen nicht

Deutscher Nordlanddampfer in Not?

„Kraffin“ eilt zur Hilfe.

Moskau, 25. Juli.

Der auf der Fahrt nach Stavanger befindliche Eisbrecher „Kraffin“ nahm heute nachmittags 5,20 Uhr Kurs auf Befland zum deutschen Dampfer „Monte Cervantes“ mit 1500 Fahrgästen an Bord, der einen Funknotruf ausgefandt hat.

geschickt, trotzdem hat sich ergeben, daß auf der Torfabbaustelle von Sobin 24 Mädchen arbeiten. Als der Betriebsrat dies erfuhr, strengte er sofort eine gerichtliche Klage gegen die Betriebsleitung an und benachrichtigte die Bezirksverwaltung des Verbandes. Die Bezirksverwaltung hat die vom Betriebsrat eingeleitete Klage nicht unterstützt.

Die Arbeiter haben Angst.

In Versammlungen aufzutreten, weil sie befürchten, hinterher nicht zur Arbeit zugelassen zu werden. Die Befahrungen sind begründet. Alle erinnern sich noch dessen, wie zwei wagemutige Torfarbeiterinnen des Bezirks Popajino, aktive Verbandsmitglieder, im vergangenen Jahre die Mißstände aufdeckten, Eingaben beim Betriebsrat machten und im Endeffekt bei der Einstellung von Arbeitsträften für die diesjährige Saison zur Arbeit nicht mehr zugelassen wurden. Der Betriebsrat nahm sich sogleich der beiden Arbeiterinnen an, entsandte einen Vertreter zur Bezirksverwaltung, aber die Leute von der Bezirksverwaltung schwielen sich aus, als hätten sie den Mund voll Wasser. Der Vertreter des Betriebsrates fuhr zum Zentralvorstand des Verbandes, wo ihm recht gegeben wurde. Als der Betriebsratsvertreter zurückkam, wurde ihm seine Rolle zum Zentralvorstand von dem Vorsitzenden der Bezirksverwaltung vorgehalten: „Wie konnten Sie wagen, sich an den Zentralvorstand zu wenden? Nicht genug damit, der Vorsitzende der Bezirksverwaltung vereinbarte am nächsten Tage mit der Betriebsleitung, daß entgegen der Abrede des Betriebsrates mit dem Zentralvorstand des Verbandes die Torfarbeiterinnen nicht wieder eingestellt werden sollten, und lehnte den Trut hieron in Kenntnis. Der Betriebsrat ist niedergedrückt. Seine Autokratie ist untergraben. Und das Ergebnis ist, daß die Arbeiter sagen: Jetzt werden wir schweigen, sonst ergeht es uns wie den Torfarbeiterinnen von Popajino.“

Der ganze, dem maßgebenden sowjetrussischen Gewerkschaftsblatt entnommene Bericht, ist ein schöner Beweis dafür, wie die sogenannte Diktatur des Proletariats zu einer Diktatur der kommunikativen Parteibureaucratie über das Proletariat geworden ist.

Der böse Nachbar im Lebens. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichszentrale für Heimatdienst, das amtliche Aufführungsorgan der Reichsregierung keinerlei Einfluß besitzt auf den „Deutschen Heimatdienst“, der eine rein private Organisation ist. Die Reichszentrale für Heimatdienst, ebenso wie die von ihr herausgegebene Zeitschrift „Der Heimatdienst“ sind selbstverständlich bestrebt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln das Verständnis des deutschen Volkes für die Politik von Locarno und Genf zu vertiefen und zu erweitern.

SPD-Metallarbeiter geht am Sonntag von 8 bis 2 Uhr Gewerkschaftstongreß!

Schiedspruch für die Herrenkonfektion. In Berlin mit knapper Mehrheit angenommen.

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband war der Reichslohntarif für die Herren- und Knabenkonfektion zum 30. Juni gekündigt worden. Vorher einer Verbesserung der Serienanwendung und einer Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 20 Proz. war die Eingruppierung der an Spezialmaschinen arbeitenden Frauen und eine besondere Erhöhung der Frauenlöhne sowie die Regelung der Teillafforde gefordert worden. Die Unternehmer lehnten in direkten Verhandlungen am 14. Juni sämtliche Forderungen wegen ihrer „erorbitanten Höhe“ ab, so daß die Verhandlungskommissionen unerrichteter Sache wieder nach Hause gingen.

Auf den Antrag der Unternehmer hin fanden dann am 18. und 19. Juli im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt, die mit einem Schiedspruch beendet wurden. Dieser Schiedspruch wird den Forderungen der Arbeiter nach Verbesserungen in der Serienanwendung zum größten Teil gerecht. Die anderen Forderungen sind aber leider nur teilweise berücksichtigt worden. An Stelle der geforderten 20prozentigen Lohnerhöhung sollen die Löhne in zwei Stappen erhöht werden, und zwar so, daß die jetzt bestehenden Löhne ab 13. August um 5 1/2 Proz. und ab 1. November um insgesamt 11 Proz. aufgebessert werden. Für die niedrigste Stadtgruppe 5 sollen die jetzt bestehenden Löhne ab 13. August um 8 Proz. und ab 1. November soweit erhöht werden, daß die Lohnzulage im Endeffekt 16 Proz. beträgt. Die Löhne der Facharbeiter sollen im gleichen Maße aufgebessert werden. Das Lohnabkommen soll bis zum 30. April 1929 gelten. Wenn es nicht sechs Wochen vor dem Ablauf gekündigt wird, verlängert es sich um ein halbes Jahr.

Der Schiedspruch anerkennt weiter grundsätzlich die Eingruppierung der an Spezialmaschinen arbeitenden Frauen, bewertet aber die an den verschiedenen Maschinen zu leistenden Arbeiten nicht so, wie es gefordert worden war. Die Festsetzung der Teillafforde in den einzelnen Betrieben soll in Zukunft nicht mehr einseitig durch den Unternehmer erfolgen, sondern im Einvernehmen mit der Organisation.

Die in der Berliner Herren- und Knabenkonfektion beschäftigten Mitglieder des Bekleidungsarbeiterverbandes nahmen am Montagabend in einer gut besuchten Versammlung in den Residenzfestsaal zu diesem Schiedspruch Stellung. Genosse Kugebach, der den Bericht von den Verhandlungen gab, empfahl unter Hinweis auf die augenblickliche wirtschaftliche Lage in der Herrenkonfektion die Annahme des Schiedspruches. In der Diskussion gingen die Meinungen über den Inhalt des Schiedspruches, besonders aber über den ungünstigen Ablauftermin weit auseinander. Die geheime Abstimmung ergab daher auch nur mit knapper Mehrheit die Annahme des Schiedspruches.

Wie die Bäckerinnung Tarife abschließt. Mit Selben und Hirschen im Bunde.

Die Güntherische Bäcker- und Konditoren-Zeitung, das Amtsblatt Groß-Berlin des Zweverbandes der Bäckermeister Groß-Berlins, veröffentlicht einen „Tarifvertrag“, den der Zweverband und die Vereinigung der Geschäftsbetriebe Groß-Berlin mit dem Gewerksverein Deutscher Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe (Hirsch-Dunder) und dem Bund der Bäcker- und Konditorengehilfen Deutschlands, Sitz Berlin, abgeschlossen haben. Wie der Stellvertreter des Obermeisters der Bäckerinnung, Herr Radlsh, in der Quartalsversammlung der Innung berichtete, sollen auch die Christlichen den Tarif mit abgeschlossen haben. Doch nach der Tarifveröffentlichung zu schließen, scheint den Christlichen die Gesellschaft denn doch etwas zu bunt gemischt zu sein.

Die Unterschrift der Brotfabrikanten unter diesem Tarifabkommen soll wohl zum Ausdruck bringen, daß es nicht Liebe war, was sie zur Verständigung mit dem Verbands der Rohrungs- und Genussmittelarbeiter, Sektion der Bäcker, geführt hat.

Die Vereinbarung mit der freigewerkschaftlichen Organisation schließt zwar Maßnahmen freigewerkschaftlich organisiert, Bäckerarbeiter aus, doch wird die Zeit bald lehren, ob man der um eine Markt niedrigeren Mindestlöhne willen, etwa den Vierer verfolgt, diese Arbeiter abzuhauen. Sollte dies der Fall sein, dann wird die Gewerkschaft Mittel und Wege zu finden wissen, ihre Mitglieder zu schützen.

Durch die Vereinbarung mit der Gewerkschaft sind die Herren Brotfabrikanten verpflichtet, bei Bedarf an Arbeitskräften nur den partiellen städtischen Arbeitsnachweis zu benutzen. Glauben sie nun, diese Verpflichtung umgehen zu können, indem sie in Ziffer 6 ihres gelben Tarifs festlegen, daß dieser Nachweis „möglichst“ zu benutzen ist? Die Arbeiter in den Betrieben werden genau darauf achten müssen, was hier gespielt wird.

Der Bund der Bäckergehilfen mit dem als einem der Kontrahenten der Tarifvertrag abgeschlossen ist, ist die als gelbe Gewerkschaft nach dem Streik im Jahre 1904 von den Meistern geschlossene Vereinigung von Bäckergehilfen und Meisterlöhnen, die unter der Flagge leidet: „Gemeinam mit den Meistern für das Handwerk.“ Die Vergangenheit dieser Vereinigung ist so bekannt, daß es nicht weiter verwunderlich ist, wenn der heutige Bund der Meisterlöhnen seinen Gönnern trotz ausdrücklichem gesetzlichem Verbot eine 54stündige Arbeitszeit in diesem Tarif zugesetzt.

Weniger begrifflich sollte sein, daß der Gewerksverein (Hirsch-Dunder) einen derartigen Tarifvertrag unterzeichnet. Allein nach der schmählichen Rolle, die der Gewerksverein bei dem Streik der Brotbäcker spielte, indem er sich zur Lieferung der gewünschten Streikbrecher erbot und auch einige Streikbrecher geliefert hat, hält er sich auch zu dieser Tarifvertragsrolle nicht zu schade. Die Sucht, „ins Geschäft zu kommen“ und als Tarifpart aufzumarschieren zu können, geht bei dem Gewerksverein so weit, daß er in die Rolle der Selben verfällt und ihnen den Steigbügelhalter macht.

Die Selben sind nicht tariffähig, sie sind keine Gewerkschaft. Der Hirsch-Dunder Gewerksverein sollte noch, um mit seinem Namen die Tariffähigkeit der Selben zu decken und den Arbeitgebern die 54stündige Arbeitswoche zu bewilligen. Doch dieser Gewerksverein auch das in den gemischten Betrieben beschäftigte Küchen- und Bedienungspersonal im Gegensatz zu dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses um seine Rechte bringt, indem er es aus den „Tarif“ läßt. Ist verständlich durch seinen Drang, heran an den Freund, dem er so vieles und alles, nämlich seinen Bestand, verdankt. Weiß doch der Gewerksverein, daß die Bäckermeister nie von ihm verlangen, daß er den Tarif beachtet. Man hat ihm gestattet, gegen den im Tarif benannten Arbeitsnachweis selbst noch einen Arbeitsnachweis zu unterhalten und hat ihm weitgehende Unterstützung angedeihen lassen in dieser seiner Tarifbetätigung.

Der ganze Tarif bedeutet also mit der Unterschrift des Gewerksvereins in trauter Harmonie mit dem Bund nichts weiter, als daß die Bäckermeister sich damit die Straffreiheit bei ihrer 54stündigen Arbeitswoche erkaufen zu haben glauben. Die Bäckergehilfen Berlins werden sich mit aller Entschiedenheit dagegen verhalten, daß dieser Tarif als der Tarif im Berliner Bäckergewerbe gilt, und sie werden die Verbindlichkeitserklärung eines solchen Tarifes, den selbst keine Kontrahenten nicht innehalten, abzuwehren wissen. Sie werden, wenn sie es für notwendig und zweckmäßig halten, ihre Rechnung präsentieren und den Gewerksverein dabei so bewerten, wie er sich selber bewertet hat, als Verräter der Arbeiter, als Helfer der Arbeitgeber, als Streikbrecherlieferant.

Wahl zum Aufsichtsrat der I.G. Farbenindustrie AG.

In einer von den dem Allgemeinen freien Angestelltenbund angeschlossenen Verbänden (ZM., DVB., Butab) nach Frankfurt a. M. einberufenen Konferenz freigewerkschaftlicher Betriebsratsmitglieder der I. G. Farbenindustrie A. G. wurde einstimmig beschlossen, für die in der nächsten Zeit stattfindende Wahl eines Angestelltenvertreters für den Aufsichtsrat eine selbständige A. F. A. Liste (Reinhard DVB., Karle ZM., Richter Butab) aufzustellen.

Wachgesellschaft für Berlin und Nachbarorte. Sie lehnt den Schiedspruch ab.

Der Deutsche Verkehrsbund, Sektion 7, Branche der Wach- und Schlafangestellten, berichtet: Ab 1. August dieses Jahres ist durch Schiedspruch bzw. Vergleich durch den Schlichter Groß-Berlins eine Lohnerhöhung von 8 1/2 Proz. festgesetzt worden. Während sämtliche übrigen Tarifgesellschaften sich diesem Schiedspruch unterworfen haben, lehnt die Wachgesellschaft für Berlin und Nachbarorte G. m. b. H., Wilhelmstr. 32, die Annahme dieses Schiedspruches ab. In der gefirgigen gut besuchten Betriebsversammlung wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, falls die Firma nicht innerhalb zweier Tage die Annahme des Schiedspruches ebenfalls vollzieht, in den Streik zu treten.

Die Wachgesellschaft für Berlin und Nachbarorte hat insbesondere Bauwächter beschäftigt, und wir bitten die Baudelegierten, in den nächsten Tagen eine genaue Kontrolle vorzunehmen, ob die betreffenden Wächter die Genehmigung zur Arbeit durch die zuständigen Organismen im Deutschen Verkehrsbund haben.

Die Fabrikarbeiter zu ihrem Verbandstag.

In einer Versammlung der Funktionäre der Berliner Fabrikarbeiter berichtete Genosse Klein über die Beschlüsse des Verbandstages in Hamburg. Einleitend wies er darauf hin, daß auf dem Verbandstage im Jahre 1904, der in Hamburg tagte, die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen wurde, auf dem diesjährigen Verbandstage aber die Einführung einer Invalidenunterstützung. Den neuen Beschluß bezeichnete er als einen höchsten Akt der Solidarität mit den alten Verbandstagen. Doch für diese Zwecke auch Mittel bereitgestellt werden müssen, sei selbstverständlich. Allein die Beitragserhöhung sei verhältnismäßig nur gering. In den beiden unteren Beitragsklassen verbleibt es zumal bei den bisherigen Sätzen, wogegen die Erhöhung in den nächsten Klassen 5 bzw. 10 Pf. beträgt und nur in den allerhöchsten Beitragsklassen auf 30 bis 50 Pf. pro Woche steigt.

Aus dem Vorstandsbericht hob der Referent noch besonders hervor, daß der Verbandsvorsitzende Brey die Verschmelzung mit den Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter begrüßte und feststellte, daß sie mehr gebracht habe, als man erwartete; die Organisation habe sich noch mehr gefestigt und neue Kämpfer sind ihr beigetreten. Dies sei auch von dem Genossen Bollmann, dem bisherigen Vorsitzenden des Keramischen Bundes, ausdrücklich bestätigt worden.

Am Schluß seines ausführlichen Berichtes stellte Klein unter Zustimmung der Versammlung fest, daß der Verbandstag gute Arbeit geleistet habe, und daß sich seine Beschlüsse zum Wohle der Mitglieder unseres Verbandes und des Verbandes selbst auswirken werden.

Wie auf dem Verbandstage selbst, so durfte auch hier die häßliche, alles herabsetzende Kritik der sogenannten „Opposition“ nicht fehlen. Der satism bekannte Wehner hatte den Auftrag seiner „Gewerkschaftszentrale“ auszuführen, doch entledigte er sich desselben so kluglich, daß er bei den meisten Versammlungsteilnehmern nur ein misleidiges Lächeln hervorrief. Wie wenig die sogenannte „Opposition“ zu der wirklich praktischen Arbeit des Verbandes kritische zu sagen hatte, bewies der Verlust, an den Verhandlungen, die die Hamburger Zahlstelle den Verbandstagsdelegierten nach getaner Arbeit darbot, herumzumäkeln. Sturman billes in dasselbe Horn.

Unsere Genossen Rücker, Kämmer und Klein in seinem Schlußwort gingen mit diesen eigenartigen Förderern der Gewerkschaftsbewegung scharf ins Gericht.

Eine Resolution der „Opposition“, die die Arbeiten des Verbandstages in Grund und Boden verdammt, wurde mit einer außer-

ordentlich starken Mehrheit abgelehnt. Der Bevollmächtigte Rücker konnte dann auch am Schluß feststellen, daß die Funktionäre sich durch die Ablehnung dieser Resolution auf den Boden der Beschlüsse des Verbandstages gestellt hätten und somit jeder Funktionär verpflichtet sei, für die Durchführung derselben zu wirken. Mit einem begeistert aufgenommenen dreimaligen Hoch schloß Rücker die von einem guten Geist getragene Versammlung.

7000 Metallarbeiter ausgesperrt!

Die II. Meldung von der am Mittwoch nachmittag durchgeführten Generalausperrung von 7000 Arbeitern in der Eisen- und Metallindustrie des Handelsamterbezirks Dillenburg, schließt mit den Sätzen:

„Noch in letzter Stunde ist der Versuch unternommen worden, beide Parteien zu nochmaligen Einigungsverhandlungen nach Dillenburg zu laden. Die Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben dieses Vorhaben jedoch abgelehnt.“

Ist das richtig, dann aber nur deshalb, weil dies bei dem Verhalten der Unternehmer, die an der 10proz. Akkordbrücker unter allen Umständen festhalten wollen, zwecklos erscheinen mußte. Oder sollte der Metallarbeiterverband von den Arbeitern fordern, daß sie auf ihre Forderung verzichten, den unrechtmäßigen Akkordabzug fortan aufzugeben?

Ärztliche Untersuchung der Lehrlinge.

Die Wiener Arbeiterkammer hat in Gemeinschaft mit den Gehilfenausschüssen der Gastwirte, Hoteliers, Kaffeehausgehilfen, Friseurinnen, Fleischhauern usw. an den Bundesminister für Sozialverwaltung das Ersuchen gerichtet, die obligatorische ärztliche Untersuchung aller Lehrlinge, die sich den obengenannten Gewerben zuwenden wollen, auf gesetzlichem Wege einzuführen. Das Ministerium hat auf Grund dieser Eingabe die Abteilung für Sozialverwaltung um ein Gutachten ersucht. Sie kam zu dem Schluß, daß gewisse Krankheiten und Gebrechen Lehrlinge für die erwähnten Berufe minder tauglich machen, und macht den Vorschlag, daß neben der einmaligen ärztlichen Untersuchung vor Eintritt der Lehre auch eine periodisch wiederkehrende ärztliche Untersuchung der Lehrlinge zu verfügen sei. Dagegen wenden sich die Innungen mit der schonstehenden Behauptung, daß durch die gewünschte Untersuchung der Nachwuchs auf die einzelnen Berufe „ungleich verteilt“ werde.

In Deutschland dürfte diese wichtige Angelegenheit bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung der Berufberatung eine eingehende Erörterung erfahren.

Streik in der belgischen Waffenfabrik Herstal.

Brüssel, 25. Juli.

Zwei Drittel der 5000köpfigen Arbeiterschaft der Nationalen Waffenfabrik Herstal bei Lüttich sind heute früh wegen Meinungsverschiedenheiten über Versicherungs- und Urlaubsfragen in den Ausstand getreten.

Differenzen im nordfranzösischen Kohlenbergbau.

Paris, 25. Juli.

Die Lage im Kohlenbergbau Nordfrankreichs ist ziemlich gespannt. Es besteht die Gefahr, daß infolge Ablehnung der Lohnerforderungen die Grubenarbeiter von Aincin und Pas de Calais binnen kurzem in den Streik treten werden. Man befürchtet, daß die Arbeitseinstellung im Saargebiet eine Rückwirkung auf die Kohlenbezirke an der belgischen Grenze haben werde.

SPD-Metallarbeiter!

3. Bezirk. Jeder Bezirk ist verpflichtet, am Donnerstag, 28. Juli, 18 bis 19 Uhr, einen Genossen zur Entgegennahme von Flugblättern nach dem Lokal Leipzig, Rumpffstr. 47, zu entsenden. Mitgliedern legitimiert. Bezirke des 4. Bezirks. Am Donnerstag, 28. Juli, 17 Uhr, bei Wacker, Michailstr. 24, wichtige Zusammenkunft aller SPD-Genossen des Bezirks. Bezirks des 14. Bezirks. Am Donnerstag, 28. Juli, 18 Uhr, Zusammenkunft aller SPD-Genossen in der Rarisch-Kloster, Rarischstr. Der Bezirksvorstand.

Inventar des Zentralverbandes der Angestellten

Beide sind folgende Veranstaltungen: Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofstraße 1. Et., Düringzimmer). Literarischer Abend. — Der Jugendbezirk Südost-Preußen spielt auf dem Spielplatz im Kreuztorpark. — Der Jugendbezirk Wedding-Gebäudebauern spielt auf dem Sportplatz im Humboldtberg. — Der Jugendbezirk Ostern spielt auf der Wiese 8 im Freiheitspark. — Der Jugendbezirk Charlottenburg spielt auf dem Sportplatz Oberstraße.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Beide, Donnerstag, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Wilmersberg: Jugendheim Hauptstr. 22. Vortrag: Die Bedeutung der Freie, insbesondere der Jugendgewerkschaften. — Kreuzberg: Gruppenheim Städtisches Jugendheim Altener Str. 18, Zimmer 1. Musik, Spiel und Tanzen. — Prenzlauer Berg: Gruppenheim Jugendheim Gellener Str. 5. Diskussionsabend: Betriebsfragen. — Schöneberg: Gruppenheim Jugendheim Nollnerstr. 10. Vortrag: Die Arbeiterbewegung. — Hermann Löns — Der Dichter der Erde. — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Reichener Str. 66 (Feuerwehrhaus). Vortrag: Kampfmittel der Gewerkschaften. — Tempelhof: Gruppenheim Jugendheim Eysenmannstr. 46. Vortrag: Erste Hilfe bei Unfällen. — Charlottenburg: Gruppenheim Jugendheim Eberstr. 30. Vortrag: Die Wirtschaft — Wirtschaftstheorien und ihre Anwendung in der Praxis. — Köpenick: Gruppenheim Städtisches Jugendheim Behrer Str. 18/19. Vortrag: Kultur und Körperpflege. — Schöneberg: Gruppenheim Jugendheim Hotel Schulz, Gornburger Str. 6. Vortrag: 1914. — Wedding: Gruppenheim Jugendheim Oststr. 10. Vortrag: Lernen lernen. — Westend: Gruppenheim Jugendheim Hauptstr. 10. Vortrag: Spielen auf der Wiese 8 des Kreuztorpark. — Humboldt: Spiel und Sport auf dem Sportplatz Humboldtberg. — Köpenick: Spiel im Volkspark Rosenfeld. — Wilmersberg: Vortrag: Der Eingangsbesitzer im Lagerbau. — Köpenick: Vortrag: Betriebs- und Bewegungssport. — Am 23. Juli um 19 1/2 Uhr auf dem Reicharbeiterplatz Dammgraben, an der Obersee.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Chlawa; Freiwirtschaft: R. A. Wöhrer; Sozialer und Sonstiger: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Gluck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Preis 1 Beilage und „Hilfszeitung“ und „Wissen“.

Pfefferminz - Erfrischung durch Chlorodont

Der berühmte, soeben aus Asien zurückgekehrte Tibetsforscher Dr. Wilhelm Filchner schreibt uns wie folgt: Von Srinagar aus, dem Endpunkt meiner 2 1/2 Jahre währenden innerasiatischen Expedition, darf ich Ihnen mitteilen, daß ich mit dem von Ihnen hergestellten Chlorodont wiederum sehr günstige Erfahrungen machte. Meine Zähne sind gesund geblieben und haben immer noch blendend weiße Farbe. Die erfrischende Wirkung des Chlorodonts wurde von mir besonders in heißen Zonen angenehm empfunden. Ich werde das genannte Mittel auch fernerhin in Gebrauch behalten und empfehle es besonders Forschungsreisenden gelegentlich zum Gebrauch. Srinagar, den 16. April 1928. Dr. Wilhelm Filchner. — (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt). — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürste 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Von Strand zu Strand

Das dem in der Zwingsburg der Millionenstadt eingeregneten schaffenden Volke, das besonders dem in Licht- und lustigen Mietskasernen lebenden Proletariat Raum und Zeit zur Erholung und Ausfrischung gegeben werden müßten, ist eine Erkenntnis, die von den Mächten des alten Staates vollkommen außer acht gelassen wurde.

Erholungststätten nach hartem Kampf.

Das „von oben“ protegierte Muckertum sorgte durch seine Dunkelmannen dafür, daß ausflärende Arbeit müdiger Lebensreformer erstickt und verschüttet wurde und daß die von der Sozialdemokratie im Interesse der Volksgesundheit aufgestellten Forderungen weiten Kreisen des Volkes vorenthalten blieben. Die Behörden selbst dachten nicht im entferntesten daran, dem Volke Erholungstplätze zu schaffen; die Geister der



Lübars, das Freibad des Nordens.

Steuerzahler fanden für den Bau von Kasernen und Exerzier- und Schießplätzen Verwendung. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten waren es, die schon seit Jahrzehnten in den Gemeindevorstellungen einen zähen, unerbittlichen Kampf für die Schaffung von Volkserholungststätten und die Einrichtung von städtischen Freibädern führten. Dieser Kampf, bei dem Stück um Stück dem verbissenen Gegner abgerungen werden mußte, fand in Berlin außerhalb des Rathauses seine Fortsetzung durch die Selbsthilfe der Arbeiterschaft, die an geeigneten Stellen der märkischen Seen ihre Lagerplätze einrichtete und so tatsächlich (ohne die Anwesenheit von S. M.) den „Grundstein“ zu weiteren Freibädern legte. Das erste Kapitel der Geschichte der Freibäder Berlins bildeten die Volkserholungststätten gegen die „roten Freibäder“, die ihre Kleider im Schilf versteckt haltend und selbst bis zum Hals im Wasser stehend, die hoch zu Ross sitzenden und mit schweren „Pumpen“ bemöblierten „Blauen“ mit einem häßlichen Hohn-gelächter empfingen. Was illustriert den Sieg der sozialdemokratischen Arbeiter und ihrer Führer besser als die Tatsache, daß der heutige Direktor des Freibades Wannsee einer von denen war, auf die von der Polizei Treibjagden veranstaltet wurden! Der Selbsthilfe der sozialdemokratischen Arbeiter und der zähen, vorbildlichen Arbeit sozialdemokratischer Kommunalpolitiker ist es zu

denken, daß die letzten Kapitel der Geschichte der Berliner Freibäder von zukünftigen Generationen mit dankbarem Stolz gelesen werden können.

Eine Rundfahrt durch Berlins Freibäder.

Es konnte daher außerordentlich begrüßt werden, daß die Stadt Berlin am vergangenen Dienstag die Vertreter der Presse zu einer Rundfahrt durch die städtischen Freibäder einlud, wodurch Gelegenheit zur Besichtigung der verschiedenen kleinen und großen, sowie der Freibäder, die noch im Entstehen sind, gegeben war. Zuerst ging die Fahrt zu dem kleinen von dem Bezirksamt Reinickendorf geschaffenen und erst in diesem Jahr eröffneten Freibad Lübars. Wohlwollig in dem als Freilände ausgewiesenen Nischental bei Waldmannsklust liegend, kann es — über die Stettiner Borsortbahn — von der Bevölkerung der Bezirke Pantow, Reinickendorf und der nördlichen und östlichen Außenbezirke bequem erreicht werden. Von Tegel führt die Autobuslinie 35 zum Freibad. Das Bezirksamt Reinickendorf hat hier eine sehr moderne Erholungststätte geschaffen. Umgeben von schattenspendenden Pappeln, liegt der bis zu 15 Meter tiefe Biegeleisee, der früher einer Biegelei gehörte, die jetzt stillgelegt ist. Aus einer Wüstenei haben die mit Rotstandarbeitern vorgenommenen Regulierungsarbeiten ein hübsches Stück Erde gemacht, das an den letzten Tagen von über zehntausend Personen besucht wurde. Weil die vorhandenen Räumlichkeiten — im Freibad befindet sich ein Restaurant und die Umkleidekabinen — nicht mehr ausreichen, hat das Bezirksamt beim Magistrat Mittel zu Erweiterungsbauten angefordert. Es soll z. B. eine 100 Meter lange Schwimmbahn mit Tribüne angelegt werden. Ohne Zweifel wird das Freibad Lübars, auf dessen Wasserfläche im Winter Schlittschuhsport getrieben werden kann, einen weiteren Aufschwung nehmen. Von Lübars ging es nach Tegelort, wo sich heute noch ein im allerhöchsten Sinne des Wortes „mildes Freibad“ befindet. Gegenüber der Insel Scharfenberg und der kleinen „Liebesinsel“ erstreckt sich ein fast 1 Kilometer langer flacher Strand, der von einem prächtigen Kiefernwald begrenzt wird. Auch zu diesem Gelände, das jetzt schon von Tausenden besucht wird, führen bequeme Fahrverbindungen. Für den Ausbau des Geländes zu einem städtischen Freibad hatte der Magistrat dem Bezirksamt Reinickendorf, das im Einvernehmen mit der Forstdeputation arbeiten wollte, bereits eine

Summe als erste Rate bewilligt. Der Einspruch der Hochbaudeputation hat aber schließlich den Beginn der Arbeiten erneut verögert. Das Bezirksamt wollte einen etwa 700 Meter langen Strand schaffen, auf dem mehrere über den ganzen Strand verteilte Gebäude errichtet werden sollten, um den Waldbestand nicht zu gefährden. Die Hochbaudeputation bringt aber auf die Errichtung eines großen Zentralgebäudes, das nicht nur das Landschaftsbild verschandeln, sondern auch zur Abholzung eines großen Teiles des herrlichen Waldbestandes zwingen würde. Dieser Streit schwebt noch. Indessen verwandelt sich das wilde Teichbad zu einem Müllhaufen, von dessen Umfang und Widerwärtigkeit man



Das Zukunftsbad Tegelort.

sich kaum eine Vorstellung machen kann. Die Verschmutzung des Geländes durch Papier, Kot, Kautschukabfällen, zerdrückte Bier- und Thermoflaschen, zerrißene Stiefel und Kleidungsstücke und Matratzenreste hat einen Grad erreicht, der den Aufenthalt auf dem Gelände zu einer Gefahr für die Gesundheit macht. Schuld an diesem Zustand trägt natürlich das Publikum selbst, das mit seinem Verhalten ersprechend wenig Selbsterziehung offenbart. Wenn allerdings ein geordneter Freibadbetrieb herrschen würde, wäre dem widerlichen Anblick des mit Unrat besäten Strandes und des Wassergeländes und der ganzen buchstäblich zum Himmel stinkenden Unordnung mit einem Schloge ein Ende bereitet. Hoffentlich kann nun bald mit dem Bau des Freibades begonnen werden, damit aus dem Schandfleck Tegelort ein Erholungsspielplatz wird, der den anderen würdig zur Seite steht. Welchen wunderbaren Anblick bei das nächste Ziel der Fahrt, das Freibad Plöthensee, das im Jahre 1922 von dem Bezirksamt Bedding errichtet wurde! Vom Gründungstage ab hat es einen ununterbrochenen Aufschwung genommen, so daß die Besucherzahl von 300 000 im Gründungsjahr 1922 auf 900 000 im vergangenen Jahr gestiegen ist. Ueber 30 000 Besucher wurden allein an einem Tage der vergangenen heißen Wochen gezählt. War früher der Plöthensee durch viele tödliche Badeunfälle berühmt, so ist jetzt dank der vorzüglichen Organisation und Einrichtungen kein ernsthafter Unfall zu verzeichnen. Aufschwimmern, weichen Uferstrand lagern hier Tausende, während sich im Wasser das fröhliche Bodelleben abspielt. Die den Plöthensee umgebenden Part-



Im Plöthensee.

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.
(Aus dem Englischen übersetzt von R. Hausler.)

Mulholland zog den Bauch ein, stieß den Atem aus, wachte die Schultern, streckte den rechten Fuß vor und lehnte sein Gewicht schwer nach hinten auf den linken Fuß. Dann drehte er den Kopf schräg nach oben, so daß der rieselnde Regen ihm hinten in den Nacken schlug statt gegen das Gesicht.

Das Grinsen wich von seinem Mund, und einen Augenblick lang schien er ärgerlich zu sein. Ganz sanft flüsterte er: „Heute scheint es jedenfalls kein Geld zu brauchen Goppo.“ Ebenso plötzlich brach er in ein heuchlerisches und schmeicheleisches Lachen aus. Dann fuhr er mit seiner gewohnten trüben Stimme fort: „Versuch' doch nicht, uns vorzumachen, daß du nichts hättest, wo wir gesehen haben, wie dir grad vorhin in der Küche das Geld aus der Tasche gefallen ist. Willst du nicht einen für uns ausgeben?“

Goppo fing an zu schaudern. In winziger Bewegungen überließen ihn die Schauer, wie ein riesiger Baum zittert, wenn der Waldboden durch einen heftigen Erdstoß erschüttert wird. Dann plötzlich bekam er sich wieder in die Gewalt. Ohne einen Augenblick zu überlegen, schossen seine beiden Hände gleichzeitig wie Kolben vor. Mulholland schnappte nach Atem, als sich die beiden riesigen Hände um seine Kehle schlossen. Hüflös schlug er auf Goppo ein. Aber seine Schläge waren so wirkungslos wie ein kleiner Vogel, dessen flatternde Flügel gegen seinen Käfig schlagen.

Eine teuflische Freude leuchtete in Goppo's Gesicht, während er Mulhollands Körper mit beiden Händen am Hals vom Boden hob. Er hob ihn wie ein Buch, in dem er lesen wollte, bis Mulhollands Augen in gleicher Höhe mit den seinen standen. Dann sahen sie sich beide einander an. Mulhollands Augen waren noch immer kalt und glasig, undurchdringlich und vollkommen gefühllos. Goppo's Augen waren mildeglühend in einer jollen, rohen Freude. Sein Mund war fest geschlossen und seine Haut hatte sich über den blanken Beulen seines Gesichts gestrafft, so daß es wie

gegerbtes Schweinsleder ausah. Mulholland hing die Zunge heraus.

Goppo stöhnte und schickte sich an, Mulhollands Leben zwischen seinen dicken Fingern herauszuquetschen, als ein Schrei von hinten ihn störte. Er ließ Mulholland wie einen Sack auf den Boden fallen und schwang sich herum. Tommy Connor war vom Hauseingang der Nummer 44 herbeigekürrt, wo er gemarret hatte.

Er stand nun mit vor Staunen und Schreck weit offenem Mund und schrie: „Was ist passiert, Jungens, in Gottes Namen, was tut ihr da?“

„Er verdächtigt mich und...“ Goppo brüllte das, dann schwieg er plötzlich, unfähig, weiterzusprechen. Seine ungefüllte Wut erstikte ihn.

„Verdächtigt dich weswegen? Weswegen sagst du, daß er dich verdächtigt?“ schrie Connor.

„Ich hab' ihn gar nicht verdächtigt.“ Mulholland kam langsam wieder auf die Füße. Sein Gesicht war schmerzverzerrt. „Ich hab' ihn bloß gefragt, ob...“

„Du lägst“, brüllte Goppo, „du verdächtigt mich und ich hab' dich durchschaut, Mulholland. Denkst du vielleicht, ich müßte nicht Bescheid über dich? Immer hast du was gegen mich und McPhillip gehabt. Ich weiß doch, daß du Kommis für den dritten Bezirk bist und daß du jetzt herum-schnüfflest, Ueberwachungs...“

„Sei still oder ich knall' dich über'n Hausen!“ Connor rampte die Mündung seines Revolvers Goppo in die Seite. „Weißt du nicht doch da die Leute zuhören? Willst du, daß jeder Hund auf der Straße die Geheimnisse der Organisation erfährt, die du mit deinem Eid geschworen hast, geheimzuhalten?“

Er rang nach Atem und fuhr dann noch leiser zischend fort: „Bist du verrückt geworden oder willst du mit Gewalt niedergeknallt werden?“

Goppo's Mund blieb offen stehen, als ob er etwas sagen wollte, aber er brachte kein Wort heraus. Er wandte halb den Körper, um Connors Gesicht zu sehen. Er sah es, groß, zornig, drohend, mit gebälhten Nasenflügeln, so daß die Kohlenschwarzarten Innenseiten sichtbar wurden. Das Gesicht war nur vier Zoll von Goppo's Gesicht entfernt. Connors Revolvermündung preßte sich in seine rechte Schulterhöhe. Goppo fürchtete mehr das Gesicht noch den Revolver. Mit gerunzeltem Stirn starrte er auf Connor; er mußte, daß er

ihn zerquetschen konnte, ihn und Mulholland zusammen, daß er sie zu Lode quetschen konnte, zu einem formlosen Brei in der Umklammerung seiner Arme.

Aber das waren nicht bloß zwei Männer, zwei menschliche Lebewesen, sie waren mehr als das. Sie verkörperten die revolutionäre Organisation. Sie waren nur die Zähne in dem Rad jener Organisation. Das war es, was er fürchtete und was ihn hilflos machte. Er fürchtete das geheimnisvolle, unfahbare Ding, das ganz Gehirn war und nicht körperlich, ein körperloser Geist, ein Ding, das voller Pläne war, unerbittlich, unsichtbar, überallhinreichend mit unsichtbaren Fühlern wie ein übernatürliches Monstrum. Ein Ding, das wie eine Religion war, mysteriös, verborgen und teuflisch.

Francis McPhillip hatte ihn einmal erzählt, daß sie einen Mann in Argentinien verfolgten, irgendwo am anderen Ende der Welt. Schossen ihn tot, in einem Logierhaus, obendrein bei Nacht. Was sagst du dazu?

„s ist gut, steck' dein Schießesien weg, Tommy, ich will ruhig sein,“ sagte er schlüchlich.

Ein paar Leute hatten sich in der Entfernung angelammelt und schauten neugierig her. Bei gewöhnlichen Gelegenheiten würde sich schon eine riesige Menschenmasse gestaut haben, aber Furcht und Spannung lagen in dieser Nacht über dem Distrikt. Jeden Augenblick konnte eine Schießerei beginnen. Immer war das so. Ein Toter zieht andere nach. Jeder einzelne dachte im Innern daran, obwohl niemand einen Laut von sich gab. Es war eine Art schweigenden Schreckens.

„Kammi, Jungens,“ sagte Connor, „mochen mir, daß wir hier fortkommen. Die Leute laufen zusammen.“

In seiner gewohnten trüben und vieldeutigen Weise flüsterte Mulholland, als ob nichts geschehen wäre. Goppo zu: „Komm mit herunter zu Rhans Kneipe. Kommandant Gallagher ist dort. Er will dich sehen.“

„Wozu will er mich sehen? Ich bin nicht mehr Mitglied der Organisation. Ich komme nicht.“

„Komm, Mann,“ wisperte Connor, „steck hier nicht rum und schwage nicht. Er wird dich nicht fressen. Komm! Bist du bange vor dem Kommandanten? Warum denn das?“

„Ich bin nicht bange, vor keinem Mann, der jemals ausgekrochen ist. — Los, komm mit.“

(Fortsetzung folgt.)

anlagen erhöhen den Reiz des Aufenthaltes in diesem Bade, das heute zu einem Schmuckstück der Stadt geworden ist. Umweit des Freibades liegt das grüne Wunderwerk des Volksparks Rehberge, über dessen Anlagen und Schönheiten im „Vorwärts“ schon ausführlich berichtet worden ist. Wer die alten Sandhügel kannte, von denen der Wind den Sand bis in die Wohnungen der angrenzenden Häuser wehte, und heute den Zaubergarten sieht, dem schlägt das Herz im freudigen Stolz über die Leistungen einer von Sozialdemokraten geführten Kommune. Und rings um die gewaltigen Grünflächen des Parks, die oft einen wildartigen Charakter haben — lüppig wuchernde Waldkulturen mit einer farbenprächtigen Blühflora geben der Landschaft ein malerisches Bild —, sind neue Bauten im Entstehen begriffen: die Baugefälle von Luft- und Sonnenbädern, Restaurationsräumen, Unterkunfts- hallen und Sporthäusern ragen in die Luft. Der Park des Volkes ist ein herrliches Naturdenkmal, das bis in fernste Zeiten an den Befreiungstempel der Arbeiterklasse erinnern wird.

Von Plähensee ging die Fahrt zum Bad der Hunderttausend, dem Freibad Wannsee, wo die Besseren unter dem Direktor des Bades, Genossen Claus, empfangen wurden. Den bis in die kleinsten Einzelheiten gehenden Entwurf eines Gesamtbildes von der größten und repräsentativen Anlage Berlins können wir unseren Lesern, die erst kürzlich im „Abend“ einen durch fotografische Aufnahmen unterstützten Artikel („Am märkischen See“) darüber gelesen haben, im Rahmen dieses Berichtes ersparen. Es seien daher heute einige Zahlen genannt, die geeignet sind, die gewaltige Entwicklung dieses Freibades — das jetzt übrigens den geistlichen Titel „Strandbad Wannsee“ trägt — deutlich zu machen. Das Badgelände ist 900 Meter lang und 200 Meter breit. Der Strand ist 1200 Meter lang und 50 Meter breit und die Wasserfläche bei gleicher Länge 200 Meter breit; insgesamt nimmt das Freibad eine Fläche von 480 000 Quadratmetern ein. Im Jahre 1924 wurden 350 000 Personen, im Jahre 1925 700 000, im Jahre 1926 750 000 und im Jahre 1927 900 000 Personen gezählt! Bis zum 23. Juli 1928 sind schon — trotz des schlechten Wetters in dieser Saison — 75 000 Besucher mehr gezählt worden als bis zum gleichen Tage im vorigen Jahr. Beschäftigt werden im Freibad gegenwärtig 130 Personen, zu denen die Rettungsschwimmer — je nach Bedarf 7 bis 50 Mann — gezählt werden müssen. Die Statistik über die Unfälle ist eine sehr erfreuliche: von 14 242 Fällen, die im Jahre 1927 gezählt wurden, waren nur 10 erster Natur und auch von diesen keiner mit tödlichem Ausgang. Etwas kurios wirken die von der Hundstille des Bades gegebenen Zahlen: im Jahre 1927 wurden 1045 Gegenstände — darunter ganze Garberoden — abgegeben, während im gleichen Jahre die Kinderfundstelle 736 Kinder den Eltern wieder zuführte. Eine 40jährige Frau fand durch die Kinderfundstelle auch ihren untrübsamen Gatten wieder...

In diesem Sommer ist auch die Kanalisation fertiggestellt und sehr modern ausgestattete Toiletten in Betrieb genommen worden. Man plant für das nächste Jahr eine Erweiterung der nicht mehr ausreichenden Restaurations- und Garderoberräume. Gegenwärtig macht man im Bade Versuche mit Lautsprechern, die den Strandwärtlern die Arbeit bei der Bekanntgabe von Nachrichten an das Publikum erleichtern sollen. Ein Rundgang durch die Anlagen des Bades, dessen hochgelegene Uferpromenaden einen schönen Blick über den Wannsee gewähren, beschließt die Veranstaltung. Eindringlich wurde man durch sie an die ersten trüben Kapitel der Geschichte der Berliner Freibäder erinnert, aber zugleich auch von dem Bewußtsein erfüllt, daß die letzten Kapitel noch nicht geschrieben sind und daß die Sozialdemokratie dabei weiter die Feder führen muß.

Alfred Frische.

Das Wunder von Konnersreuth vor Gericht. Ein Freispruch.

Der Redakteur der Zeitschrift „Wassenspiegel“ Treubler stand gestern unter der Anklage der Beschimpfung der katholischen Kirche vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Er hatte ein bereits in einer Wiener Freidenkerzeitschrift veröffentlichtes Bild gepostet, auf welchem die berühmte Theresia Neumann, im Bette liegend, abgebildet war. Im Hintergrunde sieht man eine Schar der Wunderglaubigen und neben dem Wundermädchen steht ein Geistlicher, der in der einen Hand ein gefülltes Nachschicht hält, in der anderen Hand eine Sammelbüchse. Der Angeklagte erklärte das angebliche Wunder von Konnersreuth für Schwindel und nahm das Recht der Kritik für sich in Anspruch.

Staatsanwaltschaftsrat Kirchner beantragte die Verurteilung Treublers zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat, an deren Stelle eine Geldstrafe von 300 Mark treten sollte. Der Vertreter der Anklage behauptete, daß das Bild eine Beschimpfung des Wunderglaubens der katholischen Kirche enthalte und damit indirekt eine Beschimpfung der Kirche selbst. Genosse Dr. Kurt Rosenfeld beantragte als Verteidiger des Angeklagten die Freisprechung. Er führte aus, daß sich die Anklagen wegen Gottes- und Kirchenbeschimpfung in der letzten Zeit in sehr bedauerlicher Weise mehrten. Der Berliner Weihbischof Deitner erstatte andauernd Strafanzeigen, und es sei notwendig, diesem Vorgehen entgegenzutreten. Im vorliegenden Falle könne höchstens eine Beledigung des Geistlichen von Konnersreuth die Rede sein. Man habe sich aber wohlweislich gehalten, deshalb Straf Antrag zu stellen, weil dann die Möglichkeit bestanden hätte, vor Gericht das Wunder von Konnersreuth zu entlarven. Eine Beschimpfung der Kirche liege nicht vor, weil die Kirche dieses Wunder gar nicht anerkannt habe. Theresia Neumann sei nicht heilig gesprochen worden, eine Kritik an ihr könne deshalb auch niemals die Kirche treffen. Wenn das Bild schon in Oesterreich nicht beanstandet werde, wo ein Geistlicher an der Spitze des Staates stehe, so sei eine Verurteilung in Deutschland vollends unmöglich. Das Gericht ließ sich den Ausführungen des Verteidigers an und sprach den Angeklagten frei. Amtsgerichtsrat Nicolai begründete dies Urteil damit, daß eine Beschimpfung der katholischen Kirche nicht vorliege, da die Kirche als solche das Wunder von Konnersreuth nicht anerkannt habe.

Was wird aus dem Sportpalast?

Zeit Wochen hat der Sportpalast seine Wunden geschlossen. Die der „Vorwärts“ vor einiger Zeit mitteilen konnte, entstanden Pläne, den Sportpalast zu einem Riesensportplatz umzubauen. An der Finanzierung dieses Umbaus war eine englische Finanzgruppe interessiert. Sie hatte sogar schon einen Mann engagiert, der das Sportpalast aufgeben sollte. Trotzdem immer wieder versichert wurde, daß nur noch eine Unterschrift fehle, um die Verhandlungen abzuschließen, haben sich doch die englischen Interessenten wieder von dem Projekt zurückgezogen. Eine andere Gruppe trat auf den Plan, um aus dem Sportpalast eine Riesensporthalle zu machen. Auch diese Gruppe scheiterte vor den hohen Umbaukosten zurück, und so wurde wieder nach Finanzleuten gesucht, die den Sportpalast seinem alten Zweck zuführen sollten. Diese Verhandlungen scheitern aber bisher noch nicht vorwärtsgerichtet zu sein; bisher ruht jeder Betrieb im Sportpalast und keiner weiß, ob und wann und mit welcher Zweckbestimmung er seine Pforten wieder öffnen wird.

Wie Existenzen vernichtet werden.

Die Folgen der Hirtsfieberschen Lockerungsverordnung.

Durch die Lockerungsverordnung für die Wohnungswirtschaft, nach der Geschäftsläden ohne Wohnung gelündigt werden können, sollen nach Herrn Hirtsfiebers gutem Glauben nur große Büroräume erlaubt werden. Herr Lodenboer, der Vorsitzende des Berliner Bundes der Hausbesitzervereine, kannte seine Poppenheimer besser. Er erließ wenige Tage nach der Bekanntgabe der Lockerungsverordnung ein Rundschreiben an die Vorstände der Berliner Haus- und Grundbesitzer-Vereine, in dem er dringend ermahnte, nicht wild drauf los zu kündigen, um die Kluit zwischen Mieter und Vermieter nicht noch tiefer aufzureißen. Im allgemeinen soll dem Wunsche des Herrn Lodenboer nachgegeben werden sein. Aber um so strepelloser sind die Wirte vorgegangen, denen der persönliche Vorteil alles, Herrn Lodenboers Mahnruf aber schimppe ist. Zu allem Unglück sind nun die betreffenden Lodenmieter vielfach arme Schlucker. So sind im stillen trotz der beruhigenden Versicherungen des Wohlfahrtsministers und trotz der schönen Worte des Herrn Lodenboer doch viele kleine Existenzen brutal vernichtet worden, ohne eine Aussicht zu haben, sich im gegenwärtigen scharfen Konkurrenzkampf je wieder eine Lebensmöglichkeit schaffen zu können. Hausiererelend, Straßentarren und schließlich der — Gaschlauch, das sind die Folgen einer an sich völlig unfinnigen Verordnung, die nichts als eine höfliche Verbeugung vor den murrenden Hauswirten war.

Ein Beispiel möge zeigen, wie die Folgen der Lockerungsverordnung in Wirklichkeit aussehen. Es möge ein Bild geben von Zuständen, die uns erwarren, wenn die Hauswirte wieder völlige Kündigungsfreiheit bekämen. Ein Bildhauer, der seinen Beruf wegen körperlicher Erkrankung nicht mehr ausüben konnte, richtete sich mit fremder Hilfe in einem östlichen Berliner Vorort eine Buchhandlung ein. Das Geschäft ging gut. Der kleine Laden wurde bald zu eng und er bezog einen größeren im gleichen Hause, jedoch an der Hauptverkehrsstraße gelegen. 15 Jahre lang zahlte er seine Miets pünktlich. Zu dem Laden gehörte eine Stube und Küche. Das Ehepaar und ein erwachsener Sohn bewohnten eine Wohnung von Stube, Küche und 2 Kammern in einer anderen Straße. Die zum Laden gehörende Stube wurde zum

Bücherlager eingerichtet, während in der Küche jahrelang das Essen bereitet wurde. Hier ist auch ein Ruhebett untergebracht: eine lange Kiste mit Decken und Kissen belegt, weil ein Bett fast den ganzen Raum ausfüllen würde. Alles geht seinen Gang. Da kommt die Lockerungsverordnung und dem Hauswirt schmilzt der Kamm. Ein Schuhmacher, der in dem zuerst von dem Buchhändler innegehabten Laden wohnte, steigt. Eine erhebliche Mietssteigerung wird von den beiden anderen Bodenmieters dadurch pariert, daß sie dem Hauswirt freiwillig eine höhere Miete bieten. Der Buchhändler macht hier jedoch nicht mit, und die Folge ist die Räumungsverkäufer. Mit allen Schlitzen arbeitet die von einem Anwalt vertretene Witte. Unterhalb Jahre lang geht der zermürbende Kampf. Angeblich unpünktliche Mietszahlungen können als unwahr zurückgewiesen werden. Auch die Beanspruchung der Küche als Kochraum wird zugunsten des Bodenhabers bewiesen. Das genügt dem Richter jedoch nicht, dem Raum die Geltung als Wohnraum zuzusprechen. Schuld daran ist die Schlafstatt — es ist nur eine Kiste und kein Bett, obwohl der schwer nervenleidende Bodeninhaber oft genug darauf geschlafen hat. Also verkündet das Landgericht: Das Urteil des Amtsgerichts auf Räumung binnen einer Frist von 8 Wochen besteht zu Recht. Einspruchsmöglichkeit gegen Landgerichtsurteil gibt es nicht.

Hier die Folgen: Der inzwischen in schlechte Vermögensverhältnisse geratene Bodeninhaber kann seine wertvollen Bücherstücke für ein Butterbrot verkaufen, da Bücher kein Gegenstand des täglichen Bedarfs sind, für den er wenigstens noch den Ersetzungswert erzielen könnte. Geld zur Beschaffung eines neuen Ladens ist nicht vorhanden, da dadurch hohe Abstandssummen gezahlt werden müssen. Auch zu einem eigenen Bau oder dergleichen reichen die Mittel nicht aus. Erwerbsmöglichkeiten für den schwer nervenleidenden Buchhändler gibt es nicht mehr, und da auch seine Frau erwerbsunfähig ist, hat der ehemals selbstständige Geschäftsmann die Wahl zwischen Straßentarren, Stempelkarte und Gaschlauch.

Herr Lodenboer ahnte ja etwas. Herr Hirtsfieber hätte es wissen müssen, — denn er ist Wohlfahrtsminister.

Der Dithello von Treptow.

Rosamunde und ihr Liebhaber.

Der Kriminalpolizei lief eine Anzeige wegen eines Mordversuchs in Treptow ein. Die Nachforschungen ergaben dann einen wesentlichen milderen Sachverhalt und führten zum Bekanntwerden der folgenden Liebesgeschichte!

Rosamunde war ein hübsches Mädchen, das in einer Konditorin in der Küche wirkte. Ihr Nächstes war so süß und betörte den Köhler Hugo so sehr, daß er sie keinem anderen Sterblichen gönnen wollte. Als er die Angebetete einmal dabei erwischte, daß sie — natürlich in allen Ehren — einem Gast zulächelte, machte er ihr auf dem Heimwege einen Riesenkrach, drang mit in ihre Wohnung ein und demolierte das spärliche Mobiliar. Ganze zehn Tage lang war Rosamunde böse, dann vertrat sie sich wieder mit Hugo, dessen Eifersucht ihr Nächstes einjagte. Wie sie selbst sagt, war es aber doch nicht die „richtige“ Liebe. Die empfand sie mehr für einen anderen Köhler namens Ernst, der sie nicht so plagte. Als Hugo von dieser Anbahnung erfuhr, ergrimmte er und sann gegen Ernst auf Rache. Er kundschaftete aus, daß sein Nebenbuhler zuweilen mit der Frau eines Kapellmeisters schön tal, „pepte“ das dem Ehepaar und erlebte die Genugtuung, daß dieser den lieben Ernst nach Noten verdrosch. Am vergangenen Sonntag hatte Hugo Dienst in Treptow. Während er mit Kaffeetassen und Napftüchern beladen von Tisch zu Tisch eilte, sah er plötzlich auf der Platziere eines vorüberfahrenden Straßenbahnwagens Rosamunde und Ernst Arm in Arm stehen. Das war zuviel. Hugo griff sich einen jungen Mann, der er selbst seinen Posten nicht verlassen konnte, und beauftragte ihn, der Treulosen sofort zu folgen und festzuhalten, wo sie mit dem Kavaller hinginge. Der Jüngling eilte den beiden nach und fand sie am Spreetier an einem idyllischen Plätzchen. Das Vorpostengeheiß war schon vorüber, der Hauptangriff stand bevor. So schnell er konnte, lief der Kundschafter zu Hugo zurück und meldete, daß alle tot wäre. Hugo warf die Schürze und Jacke ab, kaufte los und fiel wie ein Donnerwetter über die Sünder her. Mit einem Knüppel verprügelte er Ernst gewaltig und warf ihn zur Abkühlung seiner hitzigen Gefühle in die Spree. Schoden nahm der so rüde Behandelte nicht, es langte weder zu einem Schnupfen noch gar zum Ertrinken. Dennoch kam jetzt für Ernst die große Stunde. Er rannte zur Kriminalpolizei und zeigte Hugo wegen „Mordversuches“ an. Die geduldige Kriminalpolizei hörte sich die ganze Geschichte an und machte dann Ernst klar, daß hier von einem „Morde“ wohl keine Rede sein könne. Man riet ihm dafür väterlich, lieber anderer Leute Bräute in Ruhe zu lassen, besonders wenn der Rival eine solche Dithello-Natur habe wie Hugo. Rosamunde ist inzwischen reumütig zu Hugo zurückgekehrt, und allmählich wird sich ja wohl auch die „richtige“ Liebe einstellen.

Budapest—Berlin...

Ein großer Juweleneinbruch in Budapest beschäftigt jetzt auch die Berliner Kriminalpolizei. Unter dem Verdacht, ihn verübt zu haben, sind in Budapest eine 23 Jahre alte Frau Ludwig Starik, Olga geb. Borel, und ihre ein Jahr ältere Schwester, eine Frau Mathilde Hoffmann, festgenommen worden. Der Einbruch wurde am 4. Juni ausgeführt. Wie die Ermittlungen der Budapestischer Kriminalpolizei ergaben, führten die beiden Frauen am 15. Juni abends nach Prag und am nächsten Tage von dort nach Berlin. Von hier sandten sie Geld nach Budapest, und am 19. Juni trafen sie selbst dort wieder ein. Man vermutet nun, daß sie diese Reise unternommen haben, um in Berlin die Juwelen zu verkaufen, und daß das nach Budapest gefandene Geld aus dem Erlös stammte. Die Dienststelle B. 3 der Berliner Kriminalpolizei forscht nun hier nach den gestohlenen Schmuckstücken. Zu den wertvollsten Stücken gehören ein Brillantohr, das an einer langen Kette eine große Schleife mit zwei Brillanten trägt, ein Ring mit einem großen Brillanten, eine 6 Zentimeter lange Platinbräse mit Brillanten und ein Platinring mit einem Brillanten.

Sportler heraus!

Wie auf dem Boden der Sozialdemokratie lebenden Arbeitersport- und Kulturreize beteiligen sich an der vom Bezirksverband Berlin der SPD am Mittwoch, 1. August d. J. veranstalteten Nie-wieder-Krieg-Ausdeutung auf der großen Spielwiese im Humboldthain mit vorhergehender Demonstration. — Sportler in Sportkleidung, Treffpunkt 18 Uhr am Zeppelin-Platz (Wedding). Umfiederung im Hauje Lütticher Straße 8, unmittelbar am Zeppelin-Platz, Fahren der Vereine usw. sind mitzubringen.

Berlin an der Havel.

Die Stadt kauft Gut Neu-Cladow.

Seit der Zusammenfassung Groß-Berlins im Jahre 1921 liegt Berlin nicht nur an der Spree, sondern auch an der Havel. Bald wird auch die Bebauung, die sich immer weiter nach Westen hin entwickelt, das westliche Havelufer oberhalb und unterhalb Spandaus erreicht haben. Die Stadt Berlin trifft schon jetzt die nötigen Vorkehrungen. Der Magistrat hat gestern den Ankauf des Rittergutes Neu-Cladow (Cladow), das der Frau Wary von Brandes gehört, beschloßen. Das Gut ist etwa 450 Hektar groß und soll zum Preise von 2,75 Reichsmark je Quadratmeter erworben werden. Das Städtebauamt wird beauftragt werden, schleunigst einen Generalbebauungsplan für das gesamte Gelände westlich der Havel einschließlich des schon der Stadt gehörenden Gutes Carolinenshöhe auszuarbeiten und den städtischen Körperschaften vorzulegen. Die Hänge an der Havel sollen als öffentliche Anlagen vorbehalten bleiben. Der vorhandene Uferweg an der Havel, der schon städtisches Eigentum ist, wird entsprechend verbreitert und befestigt. Die Mittel werden aus dem Vorjubiläum einnommen und sollen durch entsprechende Geländeerwerbe aus dem Bestande des Grundladerwerbungsfonds gedeckt werden. Eine entsprechende Vorlage wird der Stadtkonferenz zur Entschloßung vorgelegt.

Neues Leben auf Berliner Schmuckplätzen.

Die Umgestaltung der Schmuckplätze Berlins nach neueren Grundrissen schreitet fort. Im Norden Berlins wurde mit dem Kronenplatz, der noch zum Verwaltungsbezirk Mitte gehört, der Anfang gemacht. Jetzt folgt der nicht weit davon liegende, aber schon zum Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg gehörende Leutoburger Platz, der soeben nach der Umgestaltung freigegeben worden ist. Auch hier ist aus einer bisher ziemlich kahlen Fläche eine freundliche Anlage geschaffen worden, die den Kleinen wie den Erwachsenen eine Erholungsstätte sein soll. Früher führten zwei Diagonalwege quer über den Platz, ein Sandkasten in trüblicher Umgebung blente den Kindern, außer einigen Bulwerjehlten Anpflanzungen. Jetzt ist der Platz nach dem Projekt des Gartendirektors Barth vollständig eingeebnet. In der Mitte des Platzes befindet sich in engerer Einziehung der für die Kinder bestimmte Spielplatz. Im Anschluß an die Eingänge sind nicht Wege angelegt, sondern wohllos durcheinander Blumen gesät. Die Anlage wirkt dadurch freundlich und ursprünglich. Für das Alter sorgen zahlreiche Bänke in Schutze der Hecken. Rädlich und süßlich des Platzes sind zwei geschmackvolle Backsteinbauten errichtet als Unterhaltungsstellen für das Publikum in Verbindung mit einer Bedürfnisanstalt, Transformatorraum, Milchverkauf usw. Der Bezirk kann auf den Leutoburger Platz stolz sein.

Herz-Gedenkfeier.

Anlässlich der 24. Wiederkehr des Todestages von Theodor Herzl veranstalteten die Berliner Zionisten im Koch-Saal eine Gedenkstunde. Augenblicklich togt in Berlin das Aktionskomitee, wodurch die Feier an Bedeutung gewonnen hat. Stehend hörte die Versammlung den Vortrag der von Herzl geschaffenen Hymne an Leo Rothkin, der Vertreter der jüdischen Minoritäten beim Völkerverbund, leitete die Versammlung und wies auf die große menschliche Bedeutung Herzls hin, der der Welt den Frieden bringen wollte. Er glaubte, daß die Befreiung der Juden nur durch sie selbst geschehen konnte. Nach Kurt Blumenfeld ergriff Nachum Sokolow, Mitglied der Exekutive, das Wort. Er sagte, Herzl ehren, hieße sein Werk: den Judenstaat ehren. Er ist heute, wo der Staat eine Wirklichkeit geworden ist, lebendiger als je. Und solange er lebendig ist in der jüdischen Welt, wird der Zionismus alle Schwierigkeiten überwinden. Der Präsident der zionistischen Organisation, Professor Weizmann, konnte auch angesichts der schwierigen Lage des Aktionskomitees nichts anderes sagen, als daß er hoffe, daß die Vermittlung des Traumes von Theodor Herzl weitere Fortschritte mache. Die Gedenkfeier war eine Würdigung für den Toten und ein Gelübde, auszuführen an dem von ihm geschaffenen Werk.

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde

Arbeitsleistung in der Kaliindustrie

Leistungssteigerung um 87 Prozent. — Lohnsteigerung nur um 47 Prozent.

Die deutsche Kaliindustrie hat — unter Hinweis auf ihre Notlage mit Hilfe der landwirtschaftlichen Genossenschaften und zum Schaden der Bauern — vor nicht allzulanger Zeit eine Kalipreiserhöhung durchgeführt. Wie es mit der Notlage der Kaliindustrie steht, haben inzwischen die Abschlüsse der Kaliunternehmen für das verfloßene Geschäftsjahr bemessen. Um nur ein Beispiel anzuführen: Die Kaliindustrie A.-G., die Dachgesellschaft des Bintershallkonzerns, die über mehr als ein Drittel der Abgabeteilungen im Kalisyndikat verfügt, wies in ihrem Geschäftsbericht einen Bruttogewinn von fast der Hälfte des Aktienkapitals auf, so daß man, unter Zugrundelegung normaler Abschreibungen, einen Reingewinn von annähernd 30 Prozent des Aktienkapitals annehmen darf. Diese außerordentlich hohen Gewinne des Kalikapitals gehen zunächst auf Kosten der Landwirtschaft, die immer noch der Hauptabnehmer für Kali ist, und die in erster Linie von der Kalipreiserhöhung getroffen wurde.

Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, haben die acht Kali-Konzerne, in denen die deutsche Kaliindustrie zusammengefaßt ist, durch rigorosste Rationalisierung und Stilllegung ihre hohen Gewinne ermöglicht.

Jahr	Zahl der in Betrieb befindlichen Schächte	Gesamterzeugung in dt. Met. T.	Stärke der Belegschaft	Durchschnittliche Gesamterzeugung je Schacht in dt. Met. T.	Durchschnittliche Jahreserzeugung je Kopf d. Belegschaft in dt. Met. T.
1913	152	11 102 741	32 258	73 044	344
1919	147	8 133 729	38 795	55 331	210
1922	139	12 483 327	48 247	89 808	259
1924	83	8 859 701	28 104	95 266	315
1925	85	13 675 626	27 862	160 890	491
1926	86	11 162 316	23 368	169 126	478
1927	61	13 000 000	22 107	213 115	588

Von den 228 quotentragenden Schächten der deutschen Kaliindustrie sind 121 stillgelegt, davon sind 46 Referenschächte, die nicht

arbeiten. Von den 61 Schächten, die in Betrieb gehalten werden, sind 20 Nebenschächte (sogenannte Zweitschächte), so daß nur 41 Schächte arbeiten. Rechnet man die Zweitschächte als vollarbeitend, so ergibt sich, daß 73 Prozent der quotentragenden Schächte stillgelegt sind, zieht man die Zweitschächte als nicht arbeitend ab, so arbeiten nur 18 Prozent und 82 Prozent liegen still. In der Nachkriegszeit, von 1919 bis 1927, sind von den in Betrieb befindlichen 147 Schächten 86 stillgelegt worden, also 58 Prozent!

In derselben Zeit (von 1919 bis 1927) ist die Stärke der Gesamtbelegschaft der deutschen Kaliindustrie von 38 795 auf 22 107 zurückgegangen, also 16 688 Arbeiter (oder 43 Prozent) sind der Rationalisierung der Kaliindustrie zum Opfer gefallen.

Wie aus unserer Tabelle hervorgeht, die von der Kaliindustrie selbst stammt und authentischen Wert hat, ist die durchschnittliche Jahreserzeugung je Kopf der Belegschaft von 1913 bis 1927 um 71 Prozent gestiegen (von 344 Doppelzentner 1913 auf 588 Doppelzentner 1927). Legt man die durchschnittliche Jahreserzeugung je Kopf der Belegschaft des Jahres 1924 zugrunde, so ergibt sich in der Zeit von 1924 bis 1927, also in vier Jahren, eine Erhöhung von 315 Doppelzentner auf 588 Doppelzentner, also eine Steigerung der durchschnittlichen Jahreserzeugung je Kopf der Belegschaft um 87 Prozent. Dieser außerordentlichen Steigerung der Produktion je Kopf der Belegschaft steht, ebenfalls nach Angaben der Unternehmer, eine Erhöhung des Gesamtlohnes der Belegschaft je Schicht von 1924 bis 1927 von 4,70 M. auf 6,85 M. gegenüber, d. h. eine Steigerung um 46 Prozent. Also der Erhöhung der Leistung je Kopf der Belegschaft von 1924 bis 1927 um 87 Prozent entspricht eine Steigerung des Gesamtverdienstes der Gesamtbelegschaft je Schicht um nur 47 Prozent.

Wir wollen diese Ziffern nicht kommentieren. Vor kurzem haben wir einen Vortrag der „Deutschen Bauernzeitung“ über die hohen Kalipreise veröffentlicht. Wir hoffen, daß die Bauernorganisationen, der Reichswirtschaftsminister und die Kaliarbeiter selbst zur rechten Zeit den Kommentar „schreiben“ werden.

Privatkapital gegen den Staat.

Auch in Amerika. — Protektor Präsident Coolidge.

In allen Ländern nimmt das Privatkapital den Staatsapparat in Anspruch, es verlangt hohen Schutz, für verschiedene Produktionszweige sogar direkte Geldzuschüsse, es nutzt die vom Staat eingerichteten Forschungsinstitute nach Kräften aus, und für den Schutz von Auslandsanlagen wird politische und militärische Unterstützung verlangt. Andererseits bekämpft jedoch das Privatkapital jede wirtschaftliche Betätigung des Staates aufs äußerste. Auch in Deutschland sind solche Dinge wohl bekannt.

Immerhin hat in Deutschland der Staat, d. h. das Reich und die Länder, einige wichtige Wirtschaftszweige bereits unter seiner Kontrolle, so beispielsweise das Eisenbahnwesen und den größten Teil der Elektrizitätsversorgung. Ansondere alle großen Wasserkraftanlagen sind in Deutschland durch Staatsmittel gebaut und befinden sich in öffentlicher Hand. Der Grund hierfür liegt auf der Hand: das Privatkapital hat lediglich Interesse an der Errichtung solcher Anlagen, die sofort einen hohen Profit abwerfen; und nur der Staat kommt für solche Anlagen als Erbauer in Frage, die im volkswirtschaftlichen Interesse erforderlich sind, auch wenn sie nicht sofort mit großem Gewinn arbeiten.

In den Vereinigten Staaten ist offenbar der Staatsapparat, wie der folgende kuriose Fall zeigt, noch in viel höherem Maße Diener des Privatkapitals als in Deutschland. Das zeigte sich schon bei dem jahrelangen Kampf der von den amerikanischen Großbanken unterstützten privaten Großreedereien gegen die während des Krieges geschaffenen staatlichen Schiffsabfertigungslinien (United States Lines). Noch krasser aber zeigt sich das in dem Kampf des großen amerikanischen Chemiekapitals gegen die Inbetriebnahme einer von der amerikanischen Regierung errichteten großen Stickstoffanlage. Diese Anlage soll keineswegs erst gebaut werden, sie ist vielmehr seit einer ganzen Reihe von Jahren betriebsfertig und braucht nur in Gang gesetzt zu werden.

Es war gegen Ende des Krieges, als die amerikanische Regierung mit dem Bau einer großen Stickstoffanlage bei Muscle Shoals im Staate Alabama begann. Die Kosten dieser nach dem Kalkstoffverfahren eingerichteten Anlage waren so groß, daß kein Privatunternehmen sich zur Finanzierung bereit finden wollte. Für die amerikanische Regierung waren damals militärische Gesichtspunkte maßgebend, denn Stickstoff war unentbehrlich zur Munitionsherstellung. Heute würden die Werke Stickstoff für Düngemittel herstellen, und gerade mit dieser Begründung — Lieferung billiger Düngemittel für die Farmer — ist auch ein Teil der Kosten hierzu aufgebracht worden. Die Produktionsfähigkeit beträgt 40 000 Tonnen Reinstickstoff jährlich, was etwa einer Menge von 200 000 Tonnen Kalkstickstoff entspricht. Der Produktionswert kann im Jahresdurchschnitt nach den jetzigen Stickstoffpreisen auf 40 bis 50 Millionen M. geschätzt werden. Für die amerikanische Landwirtschaft wäre die Inbetriebnahme dieser Anlage um so wichtiger, als Amerika gerade in der Herstellung künstlichen Stickstoffs gegenüber anderen Ländern, insbesondere Deutschland, stark zurückgeblieben ist. Diese Tatsache spiegelt sich z. B. darin wider, daß im laufenden Jahre in Deutschland rund 700 000 Tonnen Reinstickstoff hergestellt werden, in dem viel größeren Gebiet der Vereinigten Staaten dagegen nur etwa 130 000 Tonnen.

Vor einigen Jahren war diese Stickstoffanlage von Muscle Shoals schon einmal zwei Monate in Gang, aber nur versuchsweise. Immerhin hätte sich gezeigt, daß die Anlage ausgezeichnet arbeitet. Seitdem liegt sie ununterbrochen still. Der amerikanischen Regierung fehlten die gesetzlichen Unterlagen, das Werk in Betrieb zu nehmen. Endlich kam im Juni dieses Jahres im amerikanischen Repräsentantenhaus ein Gesetz zustande, das die amerikanische Regierung ermächtigt, die Stickstoffanlage in eigener Regie

zu betreiben. Eine große Minderheit, hinter der in erster Linie das große amerikanische Chemiekapital stand, war dagegen. Wenige Tage nach Annahme des Gesetzes legte Präsident Coolidge, der, wie immer, sich als Werkzeug der amerikanischen Großbourgeoisie zeigte, sein Veto gegen dies Gesetz ein; die Folge davon ist, daß das Gesetz wenigstens zwei Jahre lang nicht in Kraft treten kann. Man wird also das Jahr 1930 schreiben, wenn diese Anlage endlich in Betrieb genommen werden kann. Aber auch das ist zweifelhaft. Denn es ist ja nicht sicher, ob dann nochmals das Gesetz zustandekommt; und möglicherweise ist die Anlage dann verfallen.

Während auf diese Weise das amerikanische Privatkapital seiner eigenen Volkswirtschaft aus reinem Profitinteresse — denn Coolidge begründete sein Einverständnis ausdrücklich damit, daß der Staat sich nicht industriell betätigen solle — erheblichen Schaden zugefügt hat, freut sich das Chemiekapital der übrigen Länder über dies Veto des amerikanischen Präsidenten.

Die englische Kohlenaktion.

Erklärungen im Unterhaus.

Im englischen Unterhause gaben Baldwin und Churchill zur Frage der Kohlenubvention und des Menschenverkehrs zur Verringerung der Arbeitslosigkeit Erklärungen ab. Der Frachtfahr für den Export von Kohle werde um 7½ Pence pro Tonne ermäßigt. Ueber diese Förderung des englischen Kohlenexportes hinaus wird aber auch die Belieferung der englischen Eisen- und Stahlindustrie begünstigt. Die Kohlenfracht für die Eisen- und Stahlindustrie wird um 10½ Pence ermäßigt. Von der gesamten englischen Kohlenenerzeugung wird von diesen Ermäßigungen etwa die Hälfte erfaßt. Die Kohlenbelieferungen der übrigen Industrien und des Hausbraudes in England wird also fastlich nicht begünstigt.

Hinsichtlich der Unterbringung von Arbeitslosen im Ausland sprach Churchill von einem Plan, die Auswanderung von annähernd 2500 Knaben, 7000 unehelichverheirateten Männern, 2000 unehelichverheirateten Frauen und 2500 Familien aus den Bergwerksbezirken zu ermöglichen. Scheinbar handelt es sich in erster Linie um eine Ansiedlung in Kanada. Die Regierung hat außerdem einen Plan für die Gewährung von Anleiendarlehen für Auswanderer vorbereitet. Man rechnet in einigen Jahren mit einer Jahresbelastung von 2 Millionen Pfund Sterling für diese Maßnahmen der englischen Bevölkerungspolitik.

Landwirtschaft und Getreidehandel.

Preußenkasse, Rentenbankkreditanstalt und Scheuer-Transaktion.

In der gestrigen Verwaltungsratsitzung der Rentenbankkreditanstalt wurde der sogenannte „Poolvertrag“ mit der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse über die mit dieser gemeinsam erworbenen Aktien des Scheuer'schen Getreidehandels- und Mühlenkonzerns beschlossen. Die beiden Institute verpflichten sich durch diesen Vertrag, über die je zur Hälfte erworbenen Aktien nur in gegenseitigem Einvernehmen zu verfügen; das ist der Sinn einer Poolung. Die beiden Institute haben zusammen 80 Prozent der nominell 10 Millionen Mark Aktien der Getreide-, Kommissions- und Industrie-A.-G. und darüber hinaus noch ein Anrecht auf den Erwerb von einer weiteren Million nominell erworben. Im freien Besitz sollen sich nur noch 600 000 Mark Aktien der Getreide-, Kommissions- und Industrie-A.-G. befinden. Von der zum Scheuer-Konzern gehörenden Deutschen Mühlenvereinigung A.-G. besitzen Preußenkasse und Rentenbankkreditanstalt 3 Millionen Mark direkt, während sich 7 Millionen Mark von dem ebenfalls 10 Millionen be-

trogenden Kapital schon im Besitz der Getreide-, Kommissions- und Industrie-A.-G. als Beteiligung befinden.

Der neue Aufsichtsrat des Scheuer-Konzerns wird von der Rentenbankkreditanstalt, der Preußenkasse, der Düngemittelindustrie, sowie dem früheren, den Scheuer-Konzern finanzierenden privaten Bankenkonsortium besetzt. Außerdem sollen Sachverständige des Mühlenwesens in den Aufsichtsrat berufen werden.

Silverberg und Bögler.

Neue Kombinationen in der westdeutschen Elektrowirtschaft

Der Generaldirektor Dr. Silverberg der Rheinischen Aktien-Gesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brickfabrikation in Köln ist im letzten Jahre in der rheinisch-westfälischen Steinkohlenindustrie (Harpener Bergbau A.-G.) sehr aktiv geworden und unterhält auch engere Beziehungen zu der Vereinigte Stahlwerke A.-G., deren Charakter trotz aller Ratsekratsen in der Presse noch nicht klar geworden ist. Ein neuer Vorgang im unmittelbaren Nachbereich von Dr. Silverberg läßt auf die Vertiefung dieser Beziehungen schließen. Der Aufsichtsrat der rheinischen Braunkohlenkonzerns wurde in der letzten Generalversammlung der Gesellschaft um drei Mitglieder erweitert, und zwar um Generaldirektor Dr. Fidler, Generaldirektor Dr. Wegge (Kobdergrube) und Generaldirektor Dr. Bögler (Vereinigte Stahlwerke und Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk). Nach der „Rheinischen Zeitung“, die man als wohlinformiert ansehen darf und die die Ausführungen Dr. Silverbergs über die Veränderungen im Aufsichtsrat etwas ausführlicher wiedergibt, lagte Dr. Silverberg, daß es für die rheinische Braunkohle in Zukunft gelte, mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat und dem RWE. wichtige Fragen der Kohlen- und Elektrizitätsgesellschaft gemeinsam zu lösen.

Es ist schwer zu erkennen, was Dr. Silverberg mit dieser Erklärung meint. Daß er das Rheinisch-Westfälische Steinkohlenyndikat und das RWE, dessen Kräfteverteilung ausschließlich auf der Braunkohle beruht, mit wichtigen Zukunftsfragen der Steinkohlen- und Elektrizitätswirtschaft in Zusammenhang bringt, läßt darauf schließen, daß es entgegen den Versicherungen Dr. Silverbergs, die Aufsichtsratserweiterung gebe nur dem bisherigen freundschaftlichen Zusammenarbeiten von Elektrizität, Kohle und Braunkohle Ausdruck, um neue gemeinschaftliche Zukunftspläne handeln muß. Von Dr. Bögler hat es schon einmal geheißen, daß er als Präsident des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes abzudanken gedenke. Von Dr. Silverberg hörte man, daß er nicht abgeneigt sei, der Nachfolger von Dr. Bögler zu werden. Es ist nicht ohne pikanten Reiz, daß es der „Rheinischen Zeitung“ passiert, das RWE, die größte „private“ Elektrizitätsgesellschaft Deutschlands zu nennen, obwohl der „Rheinischen Zeitung“ bekannt sein muß, daß das RWE. kapitalmäßig und noch mehr stimmenmäßig von der öffentlichen Hand beherrscht wird, die Auswertung dieser Tatsache aber durch die Personalpolitik Dr. Böglers verhindert wird.

Es läßt sich heute nichts darüber sagen, was nun Bögler und Silverberg mit dem RWE. vorhaben. Beachtlich aber ist, daß das RWE. der kürzlich gegründeten Allgemeinen Deutschen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft nicht angehört und daß sich in elektro- und kohle-wirtschaftlicher Beziehung in der letzten Zeit das Verhältnis zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft verschärft hat. Man wird also das enge Zusammenarbeiten Silverbergs und Böglers unter diesen Gesichtspunkten aufmerksam verfolgen müssen.

Schlechte Wohnungsbaubilanz 1928.

Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts, veröffentlicht im letzten Heft von „Wirtschaft und Statistik“, wurden in 86 deutschen Groß- und Mittelstädten im Monat Mai 2598 Gebäude mit 8732 Wohnungen neu in Angriff genommen, gegen 2303 Gebäude und 7548 Wohnungen im April sowie 2032 Gebäuden bzw. 6898 Wohnungen im Monat März. Die Bauvollendungen betragen in 95 deutschen Groß- und Mittelstädten im Mai 2531 Gebäude mit 8236 Wohnungen gegen 2264 Gebäuden mit 7259 Wohnungen im April und 2963 Gebäuden mit 10 425 Wohnungen im März. Insgesamt sind in den Berichtstädten in den ersten fünf Monaten 1928 43 236 Wohnungen fertiggestellt worden gegenüber 34 329 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres oder rund 25 Proz. mehr. Dagegen wurden nur 36 493 Bauereuläufe für Wohnungen erteilt, das heißt 15 Proz. weniger als von Januar bis Mai 1927.

Verluste in der Berliner Mühlenindustrie. Die private Berliner Mühlenindustrie ist nicht besonders rentabel. Von den vier Großmühlen, die sich 1926 zur Berliner Mühlenbetriebs-Gesellschaft vereinigt hatten (Berliner Dampfmühlen, Viktoria, Humboldt und Salomon), hat noch keine ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1927 veröffentlicht und es ist zu erwarten, daß die Abschlüsse eher ungünstiger als besser im Vergleich zu 1926 sein werden. Der Versuch, durch eine Zusammenfassung der Geschäftsführung in der Berliner Mühlenbetriebs-Gesellschaft die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen, ist gescheitert. Schon zum 1. August vorigen Jahres hat die Wirkamesse der Berliner Mühlenbetriebs-Gesellschaft aufgehört. Die Berliner Dampfmühlen A.-G., die in der Burgstraße ihre Anlagen und in Köpenick ihre Speicher hat, beginnt als erste mit der finanziellen Sanierung. Schon im Jahre 1926 hatte sie einen Verlust von fast 70 000 M., der nur durch den Gewinnvortrag aus dem Jahre 1925 in einen kleinen Ueberschuß verwandelt wurde. Im Jahre 1927 hat sich der Verlust einschließlich der vorzunehmenden Abschreibungen auf 720 000 M. oder mehr als ein Viertel des Aktienkapitals von 2,8 Millionen erhöht. Das Aktienkapital wird jetzt auf 2,1 Millionen zusammengeschrieben und zur Beschaffung neuer Mittel wieder auf 2,5 Millionen Mark erhöht.

Die Ferngasfäuler in Westfalen organisierten sich. Unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns der Provinz Westfalen wurde mit einem Kapital von 4 Millionen Mark die Westfälische Ferngas-A.-G. mit dem Sitz in Dortmund gegründet. Die Provinz Westfalen ist mit 25 Proz. beteiligt; dazu kommen insgesamt rund 30 Städte und Gemeindeverbände. Die Gesellschaft soll nur die noch unversorgten ländlichen Teile der Provinz erfassen. Es handelt sich bei der Gründung um eine Käuferorganisation derjenigen Städte und Gemeinden, die von der Ruhr-Gas-A.-G. bereits Gas kaufen oder Gas kaufen wollen, als um eine Schutzorganisation. Die Gesellschaft arbeitet mit der Vereinigte-Gas-A.-G., einer Tochtergesellschaft der öffentlich beherrschten Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen in Dortmund zusammen.

Hamburger Rote Grütze: 1 Pfund Johannisbeeren und 2 Pfund Himbeeren gebe man nach dem Entkernen und Waschen in 1 Liter kaltes Wasser, gebe 1 ganze Stange Vanille und 1 Pfund Zucker dazu und lasse dieses zusammen ½ Stunde langsam kochen. Nun gibt man die Masse durch einen Saßbeutel, rührt 160 Gramm

MAIZENA

in ¼ Liter Wasser glatt, gibt dieses zu dem durchgeseihten Saß und läßt ihn unter stetem Umrühren noch einmal gut aufkochen. Dann

Rote Grütze mit Maizena

Die Fahnenweihe.

Von Arnold Bertesi.

In Bamos bereitete man sich zur Einweihung der neuen Fahne des Gesangsvereins vor. Die neue prächtige Fahne ruhte bereits, sorgsam eingewickelt, in der Wohnung des Vorstandes.

Der Ausschuss des Vereins tat sein Möglichstes, um das Fest glänzend zu gestalten. Als Fahnenmutter wurde die Frau Obergespan gewonnen, die zwar nicht erscheinen und am Tage der Fahnenweihe gewiß krank sein wird, denn so machte sie es gewöhnlich, jedenfalls ist aber dadurch jedem Groll unter den Bamoser Damen vorgebeugt worden.

Eine schwere Aufgabe war das Auswählen der Kranzjungfern. Die, weiß gekleidet, das Gefolge der Fahne bilden sollten. Zuerst war nur von sechs oder acht die Rede, dann erhöhte man deren Zahl auf sechzehn, um ja kein Mädchen auszulassen, das sich vielleicht beleidigt fühlen könnte.

Aber zu dem Festkomitee kamen tagtäglich besorgte Väter oder begeisterte junge Leute, um nachzufragen, ob man nicht diese oder jene vergessen hat? „Ach bitte, es wäre ein großer Fehler, wenn man sie wegließe. Es ist eine vornehme, einflussreiche Familie, sie waren auch immer unterstützende Mitglieder des Gesangsvereins. Bitte sie ja nicht zu vergessen.“

Einmal mußte aber doch ein Ende gemacht werden. Man beschloß, die Zahl der Kranzjungfern auf vierundzwanzig zu erhöhen. Dann wird schon jede Gesellschaftsschicht, jede Klasse vertreten sein, damit sich ja niemand beklagen könne.

Seht nur noch übrig, die ausgewählten jungen Damen auch einzuladen. Der eifrige Präsident übernahm selbst diese Mission und er besuchte in Begleitung dreier Ausschussmitglieder der Reihe nach die mit Töchtern gesegneten Häuser.

Man begann bei den vornehmsten Familien: bei Bartha, Groß, Kenderessy. Frau Bartha war sehr gnädig, sie sagte nicht nur die Teilnahme ihrer Gisela, sondern auch die der kleinen Margarete zu, obwohl diese erst zu Weihnachten vierzehn Jahre alt und das ihr erstes öffentliches Auftreten sein wird.

Die schöne, brünette Marie Groß war sofort dabei. „Warum nicht? Von Herzen gern. Nicht wahr, Mama?“ Die gnädige Frau hatte nur das bestimmende „Ja“ auszusprechen.

Auch die Kenderessys weigerten sich nicht. Frau Kenderessy hätte nur gewünscht, daß man auch Familie Baron Waldburg aus Romna einlade. Baroness Eise wird mit ihrer Aurelia ein schönes Paar bilden.

Als man sie aber aufklärte, daß zu diesem Fest nur Orts-Bewohner eingeladen werden können, gab sich Frau Kenderessy großmütig auch damit zufrieden.

Der erste Tag begann sehr gut. Überall wurde zugefagt, an dem Fest des Gesangsvereins teilzunehmen. Am nächsten Tag machte man nur bei zwei oder drei bürgerlichen Familien Schwierigkeiten: man liebt keine Paraden und drängt sich nicht unter die Vorhänge. Die Mädchen jedoch hatten überall große Lust zur Sache, und der Präsident des Gesangsvereins verstand es so bereit zu beweisen, daß dies ein Fest des ganzen Bamos, ein Fest der ganzen Bürgerschaft sei, daß selbst die vermittelte alte Schneiderfrau Hanko sagte: nun gut, sie läßt ihrer Enkelin ein schönes weißes Kleid machen, darin kann sie gehen.

Aber schon am dritten Tag kam ein Brief von Frau Kenderessy. Sie bedauert sehr, ihre Tochter kann aber an der Fahnenweihe nicht teilnehmen.

Unmittelbar darauf kam ein Schreiben der Frau Bartha. Der Inhalt war derselbe: sie bedauern, auch sie können nicht teilnehmen. Der Präsident des Gesangsvereins eilte sofort zu ihnen.

„Aber, ich bitte sie, meine Damen!“ Frau Kenderessy blieb unerbittlich. Kalt, hochmütig wies sie den Fiebenden ab und ließ sich in keine weiteren Erklärungen ein. Frau Bartha ging mit dem armen Präsidenten schon mißer um.

„Lieber Bodor, sie können doch nicht verlangen, daß unsere Töchter zusammen mit den Töchtern irgendwelcher Schuster, Schneider und Tischler auftreten. Was fällt Ihnen ein, ich höre, daß sie auch Julcas Hanko eingeladen haben, deren Mutter einmal bei uns Stubenmädchen gemessen ist.“

Der Präsident entschuldigte sich: „Wir konnten dem nicht ausweichen. Es ist eine wohlhabende Familie und sie haben eine ausgedehnte Verwandtschaft. Julcas Vater ist Ausschussmitglied des Magistrates. Auch der Obergespan ladet ihn ein, wenn er ein großes Diner gibt.“

Bei Frau Bartha fingen solche Ermüdungen nicht. „Der Obergespan, das ist etwas ganz anderes. Die Männer können gar manches tun, was wir Frauen nicht tun dürfen. Nein, lieber Bodor, das kann nicht sein, daß unsere Töchter... wohin denken Sie?“

Dem Präsidenten traten die Schweißtropfen auf die Stirne. „Wir haben sie schon eingeladen, wir können nicht mehr zurücktreten. Und dann, bitte, unter den Mitgliedern des Gesangsvereins gibt es viele einfache Bürger, Kleinkaufleute, Gewerbetreibende, auch auf diese muß Rücksicht genommen werden.“

Frau Bartha zuckte die Achseln. Sie sagt ja nicht, daß man jemand ausschließen soll.

„Sie dürfen nur nicht verlangen, lieber Bodor, daß auch wir dort sein sollen. Das können Sie wirklich nicht verlangen. Man geht ja wohl zu einer Bauernhochzeit, auch zu einer Taufe, wir lassen uns gern zu den Leuten niedrigen Ranges hinab. Das ist aber etwas ganz anderes.“

Als es in der Stadt bekannt wurde, daß Familie Bartha, Kenderessy und die übrige vornehme Welt an der Fahnenweihe nicht teilnehmen werden, begannen sich plötzlich die ganze Intelligenz zurückziehen. Die Komitats- und Kommunalbeamten, die Richter des Bezirksgerichtes, die Beamten der Finanzdirektion, sie alle überlegten, ob ihre Töchter bei der Fahnenweihe erscheinen können, wenn Aurelia Kenderessy, Marie Groß, Gisela Bartha einmal erklärt haben, daß sie nicht zugegen sein werden.

Der Präsident rautte sich die Haare. Entsetzlich. Was wird aus der glänzenden Fahnenweihe werden? Von den vierundzwanzig Kranzjungfern sind nur mehr neun übrig, und auch diese sind meist Töchter einfacher Bürgerfamilien.

Aber auch den Uebriggebliebenen ist nicht zu trauen. Eine Woche vor der Fahnenweihe kommt der Rechnungsbeamte des Lokaleinigungsamtes mit großem Gepolter zu dem Präsidenten ge-

stürzt. Man beliebe auch seine Tochter zu streichen. Er ist ein königlicher Beamter, auch er will nicht, daß seine Tochter zu den Leuten niedrigen Ranges zähle.

Von der Intelligenz war nur mehr die Tochter des Doktor Homorod übrig. Auch die weint, daß sie gehen muß, aber sie wagt nicht zu widersprechen, denn ihr Vater will von einer Ablage nichts wissen. Warum nicht gar! Er wird doch nicht wegen einer Mädchenlaune seine besten Patienten verlieren. Die Schneider, Schlosser sind mehr wert, als die vornehmen Herren, denn jene zahlen, diese aber nicht.

Der reiche Mehger Valentin Hfros begab sich aufgebracht zum Präsidenten des Gesangsvereins.

„Wer ist es also, der sich mit meiner Tochter nicht in eine Reihe stellen will?“

Der Präsident beschwichtigte ihn, so gut er konnte.

„Einige haben allerdings abgefragt, doch liegt darin, bitte, durchaus keine beleidigende Absicht, nur aus Familiengründen. Man braucht deshalb nicht aufgebracht zu sein. Das Festkomitee hat

schon für die Besetzung der leeren Plätze gesorgt. Bitte, nur ganz ruhig zu sein, alles wird in Ordnung gehen.“

„Es sei aber auch so,“ drohte der erzürnte Mehger, „denn sonst...“

Er sagte nicht, was sonst geschehen wird, aber der Präsident wußte, daß es sonst zu einem riesigen Skandal kommen wird. Der ganze Gesangsverein schwebte in Gefahr.

Aber wie immer sich auch der Präsident abquälte, er fand keinen Ausweg. Dann, daß das Festkomitee für neue Kranzjungfern sorgen werde, war keine Rede, das war nur ein leeres Versprechen. Aber auch das Fest ließ sich nicht aufschieben. Die ausübenden Mitglieder des Gesangsvereins, die Bürger, Handwerker, Kleinkaufleute forderten laut: „Es muß abgehalten werden. Justament muß es abgehalten werden.“

Der Präsident sah die große Gefahr, hier konnte nur mehr ein Wunder helfen. Und dieses Wunder geschah auch. Drei Tage vor dem Feste verschwand die neue Seidenfahne. Ein unbekannter Täter hatte sie bei Nacht aus dem Vorzimmer des Präsidenten gestohlen.

Man hat nie erfahren, wer es gewesen ist.

Den Schaden hat der weitere Präsident wieder ersetzt, er hat aber ausbedungen, daß man für dieses Geld keine neue Fahne anfertigen lassen darf. Der Bamoser Gesangsverein kann unter der alten Fahne noch lange mit Triumph wirken.

(Katalisische Uebersetzung aus dem Ungarischen von E. Reuß.)

Musik als Schlafmittel.

Sanfte, getragene oder heitere Melodien?

Wie nervenaufreizend laute Musik wirken kann, bemerkt die „Musik der Geräusche“, die Jazzmusik. Auf der anderen Seite kann man dieselbe Wirkung auch mit ganz geringen Mitteln erzielen. So versetzte seinerzeit Otto Brahm bei einer der ersten Aufführungen von Gerhart Hauptmanns „Elga“ das Publikum mit einem einzigen leisen Akkord in höchste Erregung. Er hatte gleich am Beginn des Stückes, schon während sich der Vorhang hob, auf einem Harmonium einen Quart-Sextakkord in moll so leise anfangen lassen, daß er den Zuhörern während des Dialogs gar nicht zum Bewußtsein kam. Aber dieser einzige stets gleiche Akkord wurde mit dynamischen Schwankungen ununterbrochen durch das ganze Stück festgehalten und steigerte sich bis zur höchsten Kraftentfaltung des Instruments, das in einem so großen Raum ja nie zu stark wirken kann. Wie ein Ohrenzeuge jener Aufführung berichtet, verließen die Zuschauer schließlich wie betäubt das Haus. Brahm hat dieses gelungene Experiment übrigens nie mehr wiederholt; er hatte sich von seiner Wirkung auf die Nerven der Zuhörer hinlänglich überzeugt.

Welche Art von Musik erreicht man das Gegenteil; eine wohlthätige Beruhigung der Nerven? Vor allem nur heitere Musik. Gänzlich irrig ist die alte Annahme, sanfte getragene Musik sei imstande, ein trauriges oder heftig bewegtes Gemüt wieder in ein harmonisches Gleichgewicht zu bringen. R. H. Stein in Berlin, der sich dem Studium der Heilung durch Musik widmet, erzählt hierzu zwei lehrreiche Beispiele. In einer Blindenanstalt wollte er zu seinen Zwecken Musik vorführen. Im Gefühl, daß leichte Musik hier nur frivol klingen könne, begann er mit ernstlichen Weisen. Da flüsterte ihm der Kapellmeister des Blindendoms erschrocken ins Ohr: „Haben Sie denn nichts Lustiges?“ So versuchte es denn der also Belehrt ein andermal in einem Krankenhause mit froher Musik. Aber auch hier hatte er das falsche getroffen. Empört wies der Chefarzt das ihm vorgelegte Programm zurück und stellte nach eigenem Ermessen ein paar recht ernste Nummern zusammen.

Es ist nachgewiesen, daß Rundfunkdarbietungen oder Grammophonmusik das Nervensystem viel weniger angreifen als direkte Musik, da sie sozusagen die Musik erst „aus zweiter Hand“ geben; Musikinstrumente sind daher in Sanatorien auch unbedenklich zugelassen. Andererseits können aber Nervenkranke, die durch nichts mehr aus ihrer Apathie zu erwecken sind, durch auf Lautsprecherstärke eingestellte Radiotöne, die, wie Stein sagt, scharf rhytmisier sind und in regelmäßigen Abständen gebracht werden, doch wieder emporgestärkt werden; vorausgesetzt natürlich nur solche Kranken, deren Gehirn noch nicht angegriffen ist.

In England, wo viel mehr als bei uns die Musik als Heilmittel angewendet wird, bestehen schon seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eigene Kapellen, die niemals öffentlich, sondern nur in Krankenhäusern zu Heilzwecken konzertieren. Dort gibt es auch einen eigenen Harmoniumspielerberuf, der darin besteht, daß bei besonderen Aufregungszuständen solche Harmoniumspieler durch ihr Spiel, das sich genau dem jeweiligen Gemütszustand der Kranken anpaßt, die Patienten beruhigen; sie sind in dieser Beziehung mit Hypnotisuren vergleichbar. Diese Kunst bringt dem, der sie ausübt, große Summen ein, es soll aber auch Idealismus geben, die sich ihr menschenfreundliches Werk nicht honorieren lassen.

In England und in Amerika sind auch die sogenannten Schlafmaschinen bereits bekannt, deren Wirkung sich Opern- und Koncertbesucher leicht vorstellen können, denen es gelegentlich widerfährt, daß sie sich mangels genügender Begeisterung mit dem besten Willen nicht des Schlafes erwehren können. Diese therapeutischen Schlafmaschinen sind nämlich Musikapparate, die mit leisem sympathischen Klang stundenlang, ohne aufzuhören, dieselbe freundliche Melodie immer wieder herunterspielen; also eine Mutter, die unermüdetlich Wiegenlieder für „große Kinder“ singt, das unschätzbare Schlafmittel, das sich nie abnützt, und das der natürliche Mutterinstinkt schon seit Jahrtausenden erfunden hat und noch heute verabreicht. Mathilde von Leinburg.

Im Schlangentempel auf Penang.

Von Dr. Gerhard Benzmer.

Der Weltreisende, der Gelegenheiten hat, im Abend- und Morgenland die Heiligthümer miteinander zu vergleichen, die der Mensch seinen Göttern baut, erkaunt immer wieder darüber, wie gar so abweichende Wege die Sterblichen wandeln, wenn sie den Weg zu Gott suchen. So abgrundtief verschieden sind ja in West und Ost die äußeren Hilfsmittel, deren sich der Gläubige bedient, um die Gottheit an sich zu verwirklichen, daß es bisweilen schwerfällt, in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen das Gemeinsame wiederzufinden. Kaum ein Heiligthum aber wird den Weltländer mit solcher Verwunderung erfüllen, wie ein seltsames Tempelchen, das der nach Ostasien Reisende im Malakienlande auf der Insel der Botelpalme Penang findet. Am dichtesten Grün üppiger Palmen träumt hier mit süßen goldgelben Dächern ein hölzernes Gotteshaus, das zu den merkwürdigsten Andachtsstätten der Welt zählt: der Schlangentempel.

In dem kleinen halbdunklen Raum entdacht das Auge zunächst weiter nichts als ein paar goldstrotzende Buddhafiguren und ein Tischchen, auf dem aus Bronzeurnen trodene Stränder ihr Geäst erheben. Betrachtet man aber aufmerkamer die Zweige, so sieht man mit Staunen, daß ein jeder um sein Älterst gerinnet ein buntes Schlanglein trägt. Selbst die ausgestreckten Arme der Götterbilder an den Wänden dienen den geschmeidigen Tieren als Ruheplatz. Und so unbeweglich verbarren die Schlangen, daß man sie für leblos halten würde, kündete nicht bisweilen ein Jünglein, daß Leben in den schlanken Leibern wohnt. Niemals verlassen sie ihren Platz; wozu auch — sättern doch die Priester die heiligen Tiere alljährlich mit leckeren Bocekeln! Auch die gefährlichsten Kobras, deren Biß in Indien in jedem Jahre Tausende von Opfern fordert, gibt es in diesem loderbaren Heiligthum. Frei und ungehindert röhren sie, träge zusammengerollt, in ihren Nischen Sandbänken. Aber wenn man sie mit dem Stock reizt, richten sie sich empor und spreizen den Hals schid! Ein fürchterlicher Anblick!

Geheimnisvolles Halbdunkel liegt über dem Raum. An den Wänden lächeln die goldschimmernden Götterbilder. In bronzener Opferkasselle flodert blau die Flamme des Weihrauchs, mit süßlichem Duft die Luft durchschwängend. Der Priester rührt den heiligen Gong, die Schlangen züngeln. Welch seltsamer Kult! Aber kommt nicht auch in ihm letzten Endes nur das gleiche Empfinden zum Ausdruck wie in allen übrigen Andachtsstätten der Welt: einen den Hauch des Geheimnisvollen atmenden Ort innerer Einkehr zu schaffen, der dem Erdemmenschen hilft, jenes Unsichtbare und Unfassbare auf sich wirken zu lassen, das er ungewiß und doch überall und allgegenwärtig über sich ahnt? Wunderbar ist's, wie durchsam weite Reilen den Menschen in diesem Betrachtmachen. Was einem an den Kultgebräuchen fremder Länder und Völker anfangs kurios,

ja abstoßend und barbarisch dünkt, offenbart gar bald die tiefe innere Bedeutung. Und angesichts so mannigfaltiger, zu Gott führender Wege läßt man's mit einem Male, daß Peterkirche und Buddha von Kamakura, Kölner Dom und Madura-Pagode, Hagia-Sofia und Tempel der Tausendundein-Avannastatuen, Dorfkirche und Schlangentempel letzten Endes alle das gleiche wollen. Und nur die Art, in der sie den Menschen zu beeindruckenden suchen, ist der wechselnden Weisheit ihrer Gläubigen angepaßt.

So mag auch das kleine, unscheinbare Heiligthum des Schlangentempels denen, die in ihm beten, helfen, im Anblick der seltsamen geschmeidigen Geschöpfe, die der Mensch von je mit dem Nimbus des Geheimnisvollen umgab, das wunderbare und unbegreifliche Warten der Schöpfung zu erschauen.

Die Höhlenmalerei der Buchmänner. Eine Theorie, nach der die in den Felsenhöhlen Südafrikas aufgefundenen Zeichnungen nicht unbedingt das Werk primitiver Buchmänner zu sein brauchen, daß vielmehr das verhältnismäßig hohe künstlerische Niveau dieser Bilder viel eher auf alte Zivilisationen schließen lasse, vertritt der englische Oberst Impen in einer Abhandlung, die kürzlich in einer Sitzung des Londoner Anthropologischen Instituts verlesen wurde. Leider mußte die Versammlung auf die Vorführung erläuternder Filmaufnahmen verzichten, da der Oberst, der viele Jahre dem vergeblichen Studium der Höhlenzeichnungen in verschiedenen Ländern gewidmet hat, durch Krankheit am Erscheinen verhindert war. Der Grundgedanke seiner theoretischen Ausführungen stützt sich auf die Annahme, daß die Völker, die vor vielen Jahrtausenden im Süden der Sahara lebten, teils nach Spanien, teils nach Südafrika auswanderten, als ihre ursprüngliche Heimat unbewohnbar geworden war, woraus sich auch die zwischen den verschiedenen Höhlenzeichnungen bestehende Ähnlichkeit erkläre. Der Oberst ist auch der Meinung, daß die Sabäer aus Südarabien, die unter Benutzung abendländischer Schiffe zwischen Indien und der afrikanischen Küste Handel trieben, solche Felsenzeichnungen auf ihrem Wege hinterlassen haben. Einer der bemerkenswertesten Bilderzylinder war eine Reihe von Zeichnungen am Dachgewölbe einer Höhle in der Nähe von Fort Victoria. Sie wirkte in der Auffassung erstaunlich modern und stellt nach Impens Meinung Frauen dar, die, in altgriechische Gewänder gekleidet, auf den Straßen Schaustellungen gaben, indem sie Musikinstrumente spielten und zu dieser Musik tanzten. Eine andere Entdeckung wurde in einer Höhle auf der Spitze eines Felsens gemacht, der eine Meile lang und zweihundert Meter hoch war. Für die dort gefundenen Figuren, die in einem ausschließlich in Südafrika bekannten Stil dargestellt sind, gibt der Oberst eine eigenartige Erklärung. Impen hält die Gestalten für Männer, die Vogelmasken tragen, und für Frauen, die zum Sonnenpakt um Regen zur Erhaltung der heiligen Bäume beten. Er hält diese Zeichnungen für die Arbeit der alten Sabäer.

